

Politische Berichte ★

Nummer 24/15. Jahrgang

1. Dezember 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik.
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM
ermäßiges Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift
GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.
Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln.
Telefon: 0221/211658, Fax: 0221/215373

NATO treibt zum Krieg

USA senden 2000 Mann in die Adria
Von Hardy Vollmer

Die vergangenen Wochen zeigten wieder einmal, wie Kriegsstimmung im diesem Land gemacht wird. Jüngstes Ergebnis: Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Voigt befürwortet ohne Abstriche einen militärischen Einsatz von Bundeswehrsoldaten auf dem bosnischen Kriegsschauplatz.

Die Kriegstreiber lancieren in den BRD-Medien eine beispiellose Kriegskampagne. Blind, taub, scheinheilig, schwadronierend und schließlich bodenlose Feigheit wird den Bonnern Politikern vorgeworfen. Schamlos müsste man vor den jüngsten Aussagen von Außenminister Kinkel zu Boden sinken. So lautet das Credo eines Artikels in der *Süddeutschen Zeitung* vom 28.11., und in die selbe Kerbe schlagen auch die anderen Blätter. Kinkel wird vorgeworfen, daß er zusammen mit dem russischen Außenminister und man, höre und staune, mit dem serbischen Präsidenten Milosevic kungele und den bosnischen Muslimen Hilfe verweigere.

Kinkel, dessen berühmter Satz bekannt ist, daß man „Serben in die Knie“ zwingen müsse, wird so angezogen, alles zu tun, um dieses Ziel zu erreichen. Das Aufflammen der Kriegshandlungen in Bosnien in den vergangenen Wochen ist der Versuch, Serbien und die Bundesrepublik Jugoslawien wieder in den Kriegsprozeß hineinzutreiben.

Zum Unglück für alle NATO-Kriegstreiber hatte sich die Regierung in Belgrad Anfang August ihrer Buhmannrolle entzogen, alle Brücken zu den bosnischen Serben abgebrochen und alles getan, um den Friedensprozeß auf dem Balkan voranzubringen. Damit brachte sie die Strategieplanungen des Militärbündnisses gehörig durcheinander. Die Strategen mußten daher eine Konzept entwickeln, diesen Prozess wieder umzukehren. Sie haben dieses Konzept gefunden. Es bestand darin, den Truppen des muslimischen Kriegsherren Izetbegovic so den Rücken zu stärken, daß diese einen Generalangriff auf die Truppen des serbischen Kriegsherrn Karadzic wagen könnten. Voraussetzung dafür war, daß die USA ankündigten, daß sie das Waffenembargo in der Adria nicht mehr kontrollieren, und damit direkt andeuteten, daß sie Waffenlieferungen an die Truppen Izetbegovics duldeten und unterstützten.

So gestärkt rückten die Truppen Izetbegovics in Norden und Nordwesten Bosniens massiv vor und errangen kräftige Geländegewinne. Wichtigstes Kampfgebiet wurde dabei die Region um Bihać. Das hatte seinen guten Grund. Seit anderthalb Jahren wurden dieses Gebiet, ausgeschlossen die Stadt Bihać, von den Anhängern Fikret Abdics organisiert, die sich von dem Kriegskurs Izetbegovics lösten und die Region als autonomes Gebiet sicherten. Sowohl mit Kroaten wie mit den Serben wurde ein friedlicher Handel und Wan-

del getrieben. Im Vergleich mit dem Morden und Gemetzel in den anderen Regionen Bosniens ein einmaliges Beispiel. Der Angriff auf dieses Gebiet hatte zwei Ziele: Zunächst sollte Abdic vertrieben werden. Das gelang. 40000 Menschen flohen auf die von den kroatischen Serben besiedelten Gebiete Kroatiens. Ein Massenexodus, der in der heutigen Presse flüchtig gestreift wurde. Wichtigstes Ziel war aber, soweit vorzustoßen, daß die Serben auf kroatischem Gebiet sich bedroht fühlten, sich mit den bosnischen Serben zusammenschlossen und gemeinsam mit den Truppen Abdics zurückslagten. Das geschah. So schnell wie die Truppen Izetbegovic vorrückten, so schnell war merkwürdigerweise auch ihr Rückzug. Im Nu waren die gemeinsamen serbisch/muslimischen Verbände in die Region um Bihać wieder eingerickekt. Kurz vorher hatte die UNO Bihać zur Schutzzone erklärt. Die provoziert einfallenden Serben hatten damit den Anlaß für die jetzt angelaufene Kriegshetze geliefert. Dahin wollte man sie bringen.

Allerdings ging der Plan bisher nicht ganz auf. Die serbischen Truppen marschierten nicht in den innersten Bereich der Schutzzone, und Belgrad hat sich bisher nicht in die Auseinandersetzung hineinziehen lassen. Das schadet dem Propagandafeldzug der NATO-Kriegstreiber.

Trotzdem hat die Auseinandersetzung Diskussionen ausgelöst, die beachtet werden müssen. In den USA mehren sich wieder die Stimmen, die der UNO Versagen vorwerfen. US-Verteidigungsminister Perry sagte, die UNO

hätte die NATO an Einsätzen gehindert, man müsse die Geldzahlungen der USA an die UNO überprüfen. „Versagt“ hat also die UNO, weil sie zumindest minimale Regelungen bereithält, ein zügelloses Draufschlagen der Kriegstreiber zu verhindern. Dies soll jetzt geändert werden.

Die Bundesregierung wird diesen Weg mitgehen und erhält von der SPD Unterstützung. Dem muß man Wider-

stand entgegensezen. Im Bundestag ist dazu nur die PDS in der Lage. Deren Fraktion hat schon im Juli einen Antrag eingebracht, in dem es unter anderem heißt: „Der Deutsche Bundestag spricht sich für eine verfassungsrechtlich noch festzulegende militärische Selbstbeschränkung der BRD aus, die Bundeswehreinsätze außer zur unmittelbaren Landesverteidigung ausschließt.“ Dafür muß man eintreten.



Ein Bagger blockierte am 25.11. den Eingang zum Sächsischen Landtag. Abgeordnete mußten sich auf dem Weg zum Plenarsaal durch rund 400 demonstrierende Gewerkschafter drängen. In der sächsischen Lösung bei der Finanzierung der Pflegeversicherung, dem Tragen aller Kosten durch die Lohnempfänger, sehen sie einen „Einstieg in den Ausstieg aus dem Solidarpakt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“. Die Oppositionschefs Karl-Heinz Kunckel (SPD) und Peter Porsch (PDS) nutzten die Gelegenheit, der Regierung den Marsch zu blasen. — (sta)

Imgard Möller ist frei

Nach 23 Jahren Haft wurde sie am 1. 12. entlassen

Am 1. Dezember wird Irmgard Möller entlassen. Über 23 Jahre, so lange wie keine andere Frau in der BRD, hat sie im Gefängnis verbracht, die meiste Zeit unter die ohnehin zerstörerische Wirkung langer Haft ins Extreme steigernden Sonderhaftbedingungen.

Die maßlos lange Gefangenschaft Irmgard Möllers ist eine bittere Tatsache. Aber der staatliche Versuch, an den Gefangenen aus der RAF durch Mißbrauch der Psychiatrie die Todesstrafe auf Raten zu vollstrecken, ist, wenn auch noch lange nicht gescheitert, so doch in diesem ersten, außerordentlich wichtigen Fall zurückgeschlagen, in allererster Linie durch die mutige Selbstbehauptung von Irmgard Möller und den anderen Gefangenen. Die Absicht, die Freilassung von persönlicher Beteiligung an einem psychiatrischen Gutachten abhängig zu machen, war schließlich nicht mehr haltbar. Die Bedingungen, die Freilassung auch der

anderen zu lebenslanger Haft verurteilten Gefangenen aus der RAF zu erreichen, sind durch die erkämpfte Freilassung Irmgard Möllers deutlich verbessert. Gegen die Freilassung der Gefangenen, die länger als 15 Jahre inhaftiert sind — das sind Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe, Lutz Taufer (19 Jahre), Knut Folkerts (17 Jahre), Stefan Wissniewski, Christine Kuby (16 Jahre), Rolf-Clemens Wagner, Rolf Heissler (15 Jahre) — können die Verantwortlichen rechtliche Gründe nicht geltend machen! Die politische Legitimation aber für die weitere Vollstreckung der Haft ist geschwächt, ihr kann der Boden entzogen werden.

Ganz aktuell gilt es jetzt zu verhindern, daß Christine Kuby, deren Haft für eine seit langem dringend notwendige, schwere Operation und eine anschließende Rehabilitation nur unterbrochen wurde, wieder zurück ins Gefängnis muß. Da ihre Freilassung auch nach rechtlichen Gesichtspunkten seit

langem überfällig ist (das Gericht, das vor fast zwei Jahren über ihre Freilassung nach § 57a zu befinden hatte, hatte damals eine Frist von einem Jahr gesetzt, die nun lange überschritten ist), wäre ihre erneute Inhaftierung ein Akt nackter Rache. — (scc)

Verlagsmitteilung

Wegen weiter steigender Kosten müssen wir leider ab dieser Ausgabe die Kosten für ein Abonnement der *Politischen Berichte* anheben. Statt bisher 65 DM kostet ein Jahresabo ab sofort 78 DM. Insbesondere die extrem steigenden Postgebühren — zum Anfang dieses Jahres um mehr als 30 Prozent angehoben, werden sie zum 1.1.1995 erneut um ca. 10 Prozent steigen — haben uns keinen anderen Ausweg gelassen. Der Einzelpreis der Zeitschrift bleibt 2,- DM. — (Herausgeber und Verlag)

Die Bundesregierung gestaltet sich ihr Volk

Regierungserklärung im Bundestag. Kohl als Sozialtechniker nach amerikanischen Vorbildern

Die dünne und nur wegen der Ausländerdiskriminierung mögliche konservative Regierungsmehrheit versucht, sich eine breitere soziale Basis zu verschaffen. Ihre Politik greift in die Lebensweise der Bevölkerung ein und strukturiert. Diese soziotechnische Strategie ist breit angelegt. Sie zeichnet sich dadurch aus, daß die Folgen der angesetzten Maßnahmen auf dem ersten Blick nicht auffallen.

Nicht aufregend klingt vielleicht, daß die Staatsquote von jetzt 52% auf 46% zurückgeführt werden soll. Unter Staatsquote wird der Anteil am Brutto-sozialprodukt verstanden, der durch die öffentlichen Hände geht. Die Ausgabenpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden wird durch parlamentarische bzw. Selbstverwaltungsgremien kontrolliert. Rückführung der Staatsquote bedeutet Herausnahme von Leistungen der öffentlichen Hand aus der öffentlichen Diskussion. Rahmenbedingungen der Reproduktion werden der Regel der zahlungskräftigen Nachfrage unterworfen. Wer kein oder zu wenig Geld hat, fällt raus. Das reale Gewicht der Wählerstimmen nimmt ab, nicht was nach politischem Diskurs gewollt wird zählt, sondern was gekauft wird. Die Bedürfnisse der Armen werden aus der öffentlichen Meinungsbildung herausgezögert. Eine Verschiebung von -6% kann hier viel bewirken.

In eine ähnliche Richtung wirken die familienpolitischen Maßnahmen. Die rationalisierte Lebensweise in der modernen Industriegesellschaft hat zu einer Diskrepanz von arbeitszeitorientiertem Lohn und Reproduktionskosten in besonderen Lebenslagen geführt. Vor allem während der Erziehungs- und Ausbildungszeit der Kinder

steigt der Geldbedarf enorm an. Hier hat sich in den letzten Jahrzehnten die Forderung nach einem kostendeckenden Kindergeld herausgebildet. Darauf antwortet die Regierung mit einem einkommensorientierten Kindergeld, das durch Absetzbarkeit bei der Steuer erreicht wird. Das einkommensorientierte Kindergeld wird v.a. wirksam für die mögliche Dauer der Ausbildungszeit. Der — nach dem Gesetz freie — Zugang zu den öffentlichen Bildungseinrichtungen wird sozial diskriminiert, die schichtenspezifische Reproduktion wird begünstigt.

Die Regierung redet ferner davon, „das große Potential der privaten Haushalte für den regulären Arbeitsmarkt“ gewinnen zu wollen. Dazu würden die „steuerlichen Abzugsmöglichkeiten z.B. für Pflege-, Haushalts- und Familienshelfen erweitert und verbessert“.

Im Zuge der proletarischen Emanzipationsbewegungen unseres Jahrhunderts ist die Dienstbotenfrage weitgehend gelöst worden. Diese Art von Beschäftigung, die noch im 19ten Jahrhundert gang und gäbe war, wird wiederbelebt. Dies wäre eine konservative Art der Verbindung von Berufstätigkeit und Familie. Der Rückbau der öffentlichen Leistungsangebote für Familien könnte selektiv aufgefangen werden. Wer es sich leisten kann, würde sich eine Haushaltshilfe anschaffen müssen. Die Zuordnung von Lohnarbeit zu einem fremden Privatleben führt aber unvermeidlich zu einer Einordnung in eine von anderen, also fremdbestimmte Lebensweise. Der Fluchtraum der Selbstbestimmung in der Sphäre der Reproduktion löst sich auf. Die Abhängigkeit durchdringt den ganzen Menschen.

Solche Wege der Differenzierung ha-



Das war einmal und ist schon wieder im Kommen!

ben sich die konservativen Sozialinge nieure in den USA ausgeguckt. Dort ist die schichtenspezifische Reproduktion stark verfestigt, besonders wirksam durch die hohen, privat zu tragenden Ausbildungskosten. Ebenso hat sich eine Verbindung von Berufstätigkeit der Frauen und Beschäftigung von Haushaltshilfen, oft der besonders kostengünstigen, illegal Eingewanderten ergeben.

Die politische Abwehr solcher Angriffe ist außerordentlich schwierig, da die Regierungspolitik an den Rahmenbedingungen des täglichen Lebens dreht, denen sich die Menschen praktisch anpassen müssen, wobei es beinahe gleichgültig ist, ob sie diese kritisieren oder nicht. — (maf)

„Staatsquote“

Das Statistische Bundesamt definiert „Staatsquote“ als „Staatsausgaben in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Prozent des Bruttoinlandprodukts“. Staatsausgaben in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung meint dabei die sogenannten „investiven“ und die „komsumtiven“ Ausgaben. Diese „Staatsquote“ betrug

1989	45,8 Prozent
1990	46,1 Prozent
1991	48,9 Prozent
1992	49,6 Prozent
1993	50,5 Prozent

Soysal in Bonn

Ende November weilte der türkische Außenminister Soysal zu Besuch in Bonn. Das türkische Regime benötigt für seinen Krieg gegen das kurdische Volk dringend weitere Finanzhilfen des Westens und erhofft sich von der Bundesregierung u.a. Hilfe bei der Freigabe von EU-Geldern. Außerdem wünscht das Regime — unterstützt von deutschen Wirtschaftskreisen — eine Ankurbelung des Tourismusgeschäfts, um auf diesem Wege weitere Devisen für den Krieg zu erhalten. Kinkel ging bei einem Empfang nicht über diplomatische Höflichkeiten hinaus: „Wir wünschen uns als Freund Ihres Landes, daß es hier (bei der „Menschenrechtslage“, d. Red.) zu einer guten Entwicklung im europäischen Sinne kommt“, war alles, was er zu den anhaltenden Berichten über Folterungen, Morde staatlicher Todesschwadronen u.ä. Greueln zu sagen hatte. Auch bei der „Kurdenfrage“ wünsche die Bundesregierung, so Kinkel, „eine gewaltfreie Lösung“. Liefert Bonn deshalb die Waffen?

SPD will „Wirtschaftsrat“

Auf einer Tagung des Seeheimer Kreises der SPD hat Parteichef Scharping die Bildung eines SPD-„Wirtschaftsrates“ angekündigt. Bisher gibt es in der SPD nur einen Gewerkschaftsrat. 20 Unternehmer sollen dem Rat, der bereits Anfang 1995 gegründet werden soll, angehören. Scharping und andere, darunter Klose und die bayerische Vor-

sitzende Renate Schmidt, forderten eine stärker für „Mittelschichten“ eintrtende SPD. Auf der gleichen Tagung griff Klose die „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ (AfA) der SPD scharf an. Mehrere SPD-Gewerkschafter widersprachen auf der Tagung Kloses und Scharpings Positionen.

Abschiebestopp vorbei?

Bundesinnenminister Kanther hat sich auf der Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern am 24./25.11. in Magdeburg einer Verlängerung von Abschiebestopps für Kurden und für Flüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien strikt widersetzt. Damit läuft formal der vor sechs Monaten von einigen SPD-regierten Ländern erlassene, wenngleich auch von diesen nur in Teilen eingehaltene Abschiebestopp für diese Personen aus. Menschenrechts- und Flüchtlingsgruppen hatten vehement eine Verlängerung des Abschiebestopps verlangt, u.a. wegen der anhaltenden Kriegssituation auf dem Balkan und der umfassenden Kurdenverfolgung in der Türkei.

Ausländerrecht im Bundesrat

Auf der Tagung des Bundesrates am 25. November hat die hessische Landesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Ausländerrechts eingebracht, der für lange in der BRD lebende Flüchtlinge und Asylbewerber die Gefahr der Abschiebung mindern soll. Nach dem hessischen Gesetzentwurf sollen anerkannte Flüchtlinge und

Asylbewerber, die sich acht Jahr rechtmäßig in der BRD aufzuhalten, künftig eine Aufenthaltsbefugnis erhalten. Bei Familien mit Kindern soll dieser Status bereits nach fünf Jahren erteilt werden. Noch immer würden Flüchtlinge und Asylbewerber abgeschoben, obwohl sie sich bereits in ihr neues Umfeld integriert hätten, kritisierte der hessische Innenminister Bökel.

Streit um Nürnberger Bundesanstalt

Der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg für das kommende Jahr ist umstritten. Der Verwaltungsrat der Bundesanstalt, in dem wegen der Drittelparität (ein Drittel Gewerkschaftsvertreter, ein Drittel „Arbeitgeber“, ein Drittel Vertreter von Kommunen und Ländern) derzeit SPD und Gewerkschaften eine knappe Mehrheit haben, änderte auf seiner Sitzung am 25.11. die Vorlage des Vorstands ab. Insbesondere die Mittel für „aktive Arbeitsmarktpolitik“ (Umschulungen, ABM und Lohnkostenzuschüsse) sollen von 30,8 Mrd. DM in diesem Jahr auf 37,5 Mrd. DM angehoben werden. Bundesarbeitsminister Blüm muß den Etat noch genehmigen. Im letzten Jahr hatte er die Vorlage des Verwaltungsrates bereits abgeändert und den verringerten Etat auch gegen den Widerstand des Verwaltungsrates in Kraft gesetzt.

Streit um Gewerbesteuer

1996 will die Koalition die Gewerbe- kapitalsteuer ganz abschaffen und die Gewerbeertragsteuer erneut senken.

Die Gemeinden haben gegen diese Abschaffung ihrer wichtigsten eigenen Einnahmequelle bereits heftigen Widerstand angekündigt. Auch in der Koalition gibt es nun Streit. Fraktionschef Schäuble hatte erklärt, man könne den Gemeinden ein kommunales Hebesatzrecht bei der Lohn- und Einkommenssteuer einräumen. In den USA gibt es dieses kommunale Heberecht, dort führt es u.a. zu einer schroffen Trennung der Wohngebiete in Reichenviertel mit niedrigem Hebesatz und Ghettos mit hohem Hebesatz usw. Eine Kommission im Finanzministerium hat diesen Vorschlag erst gar nicht erörtert, sie will den Gemeinden als „Ausgleich“ einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer anbieten. Dieser Vorschlag wird den Druck in Richtung einer neuartigen Anhebung der Mehrwertsteuer verstärken, da sonst Bund und Länder Einnahme-Rückgänge zugunsten der Gemeinden haben würden.

Was kommt demnächst?

Am 1. Dezember berät das Bundeskabinett erneut über den Haushalt 1995, der dann bis Mitte Dezember im Bundestag abschließend beraten werden soll. Am 3. Dezember führt die FDP ihren Landesparteitag in NRW durch, auf dem es vor allem um die kommenden Landtagswahlen im Mai 1995 gehen wird. Am gleichen Tag führen die Grünen/Bündnis 90 ihren Bundesparteitag durch, auf dem es u.a. um die Neuwahl der Bundessprecher geht. Vom 9. bis 11. Dezember ist der EU-Gipfel in Essen.

Was ist mit Festgeld? Forderungsdiskussion in der Metallindustrie

Am 16. 12. beginnen in Baden-Württemberg die Verhandlungen um die Metalltarife 1995

Der Vorstand der IG Metall steuert in der Lohnpolitik einen gewagten Kurs. Er propagiert einerseits das Ende der ständigen Reallohnverluste der letzten Jahre und boxt andererseits alles aus dem Weg, was zu einer Konfrontation mit dem Unternehmerlager führen könnte. Er begründet sein Forderungsvolumen von 6% (nachdem viele Firmen heute schon einen Abschluß um die 3% in ihre Budgets einstellen) mit der nötigen Stärkung der Binnennachfrage. Ein Nachholbedarf für die Verluste der vergangenen Jahre soll ausdrücklich nicht geltend gemacht werden. Der mögliche Verteilungsspielraum soll nicht ausgeschöpft werden, vielmehr soll den Unternehmen „Spielraum für eine weitere Erhöhung der Metallgewinne“ bleiben. (1)

Darüber hinaus fahren der Vorstand und seine Bezirksleiter einen schroffen Kurs gegen die Aufstellung von Festgeld- oder ähnlichen Strukturforderungen. Viele Berichte über örtliche Vertreterversammlungen und regionale Tarifkommissionen zeigen, daß sich der Vorstand hier über die Vorstellungen von unteren und mittleren Funktionärskreisen hinwegsetzt und viel Verbitterung bei denen schafft, die letztlich den Widerstand organisieren sollen.

Neben manchen vorgeschenbten und unhaltbaren Argumenten gegen Festgeld- und ähnliche Forderungen verweisen Vorstand und Bezirksleiter auf die Pläne für einen künftigen neuen Ent-

gelitarifvertrag. Dieser soll die unterschiedliche Behandlung von Arbeitern und Angestellten aufheben und die Probleme der Spreizung der Lohn- und Gehaltsgruppen sowie der unteren Lohngruppen ein für allemal und sozusagen mit einem großen Wurf lösen. Zweifel

sind angebracht, ob dieser große Schritt überhaupt möglich ist, wenn nicht zuvor Zwischenschritte in die gewollte Richtung gemacht werden. Neue Tarifverträge zaubern nie einfach ganz neue Strukturen aus dem Hut, sondern vollziehen immer auch nach, was schon vorher angebahnt wurde. Andererseits müssen auch diejenigen, die mit Festgeld- oder ähnlichen Forderungen der Lohnpolitik den nötigen Nachdruck und eine Richtung zugunsten der unteren Einkommensgruppen verschaffen wollen, überprüfen, wie dieses Konzept weiterentwickelt werden kann.

Die Festgeldforderungen sind in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen Ende der 60er Jahre populär geworden und sollten die gedrücktesten Beschäftigtengruppen heben und das Einkommensgefüge und die gesellschaftliche Zergliederung insgesamt einebnen. Diese weitreichenden Ziele sind nicht erreicht worden. Die Arbeitsbedingungen und Interessenlagen sind vielmehr heute stärker aufgefächert und zerfasert – zwischen Beschäftigten und (zeitweise oder dauerhaft) Nichtbeschäftigen sowie innerhalb der Beschäftigten selber. Unter Armut leiden Nichtbeschäftigte und inzwischen zunehmend auch Beschäftigte.

Die nützlichen Festgeld- oder Strukturforderungen können diese unterschiedlichen Interessenlagen immer weniger erfassen und ausgleichen. Sie müssen in eine allgemeine soziale Strategie gegen Armut, Ausgrenzung und Entreichtung eingebettet werden, die sich stärker auch politischer Maßnahmen (Stichworte wie „soziale Grundsicherung“) bedient.

Quelle: (1) „Der Gewerkschafter“ 11/94 – (rok)



Die Arbeitgeber sollen ihren Anteil an den Beiträgen zur Pflegeversicherung bezahlen, fordert der DGB. Bild: DGB-Aktion gegen Karentage in Kassel, 1993.

An der gemeinsamen Sitzung der drei baden-württembergischen Tarifkommissionen für Nordwürttemberg-Nordbaden (NW/NB), Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden am 17. 11. 94 in Leinfelden/Echterdingen bei Stuttgart nahmen insgesamt 161 abstimmungsberechtigte Mitgliederteil.

Bezirksleiter Zambelli ging in seinem Eingangsreferat auch auf den 5-Punkte-Katalog von Gesamtmetall ein. Allerdings könnte und sollte man die diesjährige Tarifrunde nach wie vor „gelassen“ angehen. Insbesondere Öffnungsklauseln lehne die IG Metall aber aus Gründen der „Wettbewerbsverzerrung“ ab. Er warb für Zustimmung zum als Tischvorlage vorliegenden Vorschlag der Bezirksleitung (6% bei „sozialer Komponente“).

In der Debatte sprachen sich die Verwaltungsstellen Bruchsal, Friedrichshafen, Stuttgart, Esslingen, Ulm, Ludwigsburg und Reutlingen dafür aus, die zusätzliche Anhebung von unteren und mittleren Einkommensbezieher/innen als Forderung ausdrücklich in Geld zu beziffern. In Esslingen hatte die Delegiertenkonferenz dabei mit nur einer Gegenstimme sogar eine reine tarifliche Festgeldforderung beschlossen. Und der 1. Bevollmächtigte von Reutlingen, Röder, hatte auftragsgemäß vorgefragt, für die unteren und mittleren Lohngruppen für jeweils 11 (!) Monate günstigere pauschale Geldbeträge zu fordern und für den 12. und letzten Monat 6%, die in die Tarifstruktur Eingang finden sollten.

Göppingen, Schwäbisch Hall und Lörrach unterstützten dagegen die Bezirksleitung. Vor allem aber der 1. Bevollmächtigte von Mannheim, Toussaint, sprang vehement hierfür

in die Bresche: Kein Mannheimer Betrieb habe sich gegen die Bezirksleitungsline ausgesprochen. (Tatsächlich hatte jedoch z. B. der Vertrauenskörper des zweitgrößten Betriebes, ABB Käfertal, 8%, mindestens 250 DM beschlossen, und hatte man in Mannheim erstmals bewußt die Gesamt-Funktionärskonferenz ausfallen lassen.) Man solle nicht in Geldbeträge und Prozente splitten, denn dies „irritiere“.

Klar war, daß eine Forderung nach tariflicher Festbetragsverhöhung von vornherein keine Mehrheit erreicht hätte, so daß sich auch die diesbezüglichen Befürworter auf die Seite des sog. „Stuttgarter Modells“ stellten. Dieses hatte der 1. Bevollmächtigte von Stuttgart und Vorstandsmitglied Kemeth, entgegen der Linie von Vorstand und Bezirksleitung, als Forderung vertreten: Für die ersten 6 Monate jeweils Geldzahlungen von 282 DM (aufgerundet 285 DM) für alle gleich, danach 6%, die dann in die Tarifstruktur eingehen.

Dieses Modell war von der Stuttgarter Ortsverwaltung und Delegiertenkonferenz nach gründlicher Ausarbeitung anhand von Lohnverteilungs- und Beispielsrechnungen auf vorbereiteten Folien verabschiedet worden. Es bezieht sich auf die effektiven Löhne und Gehälter. Im Tarifgebiet NW/NB liegt der derzeitige Durchschnittslohn/-gehalt *tariflich* nackt bei knapp 3700 DM. Dazu kommen etwa 29% Leistungsbe-

standteil (Leistungszulagen im Zeitlohn und bei den Angestellten sowie Akkord/Prämien-Bestandteile zusammengerechnet bzw. gewichtet) von ca. 1050 DM. Macht rund 4700 DM *effektiv*, im Durchschnitt aller Arbeiter/innen und Angestellten (Mehrarbeit und Schichtzuschläge ausgeklammert). 6% hiervon ergeben die 285 DM des „Stuttgarter Modells“, mit dem alle bis zum effektiven Durchschnittseinkommen sich besser stünden als mit 6%.

Die mehrmonatigen Geldbeträge würden zwar nicht dauerhaft in die Lohnstruktur eingehen und wären für Akkord-/ Prämien- sowie Schichtarbeiter/innen finanziell nicht ganz so günstig wie Festgeldforderungen. Aber die vorgeschlagenen 285 DM wären (durch die Herausnahme aus dem Tarifzusammenhang) wirklich für alle gleich. Dieses Modell hätte auch in der Öffentlichkeit

deutlicher signalisiert, daß es der IGM mit einer materiellen Entlastung der wenig und mittel Verdienenden ernst ist.

Als sich eine Mehrheit für dieses Modell abzeichnete, reagierte die Bezirksleitung mit einer Auszeit, Beratungen im Hintergrund und weiteren Diskussionsbeiträgen mit an den Haaren herbeigezogenen Argumenten.

In der folgenden Abstimmung ließ Zambelli zunächst über das „Volumen von 6%“ allgemein abstimmen. Hier herrschte Einstimmigkeit. Ebenso war

im zweiten Punkt „gemeinsame Forderung der drei Tarifgebiete“ (statt getrennten Forderungen) die Mehrheit selbstverständlich klar. Die dritte Abstimmung Bezirksleitungsverschlag gegen „Stuttgarter Modell“ endete schließlich 82 zu 74. Gegenüber der Presse (*Stuttgarter Zeitung* vom 18. 11.) interpretierte Zambelli die „soziale Komponente ... durch Zahlung von Pauschalbeträgen“ (ohne Festlegung einer Anzahl) unzulässigerweise so: Man fordere „Pauschalzahlungen für ein bis drei Monate“.

Insgesamt hat die Tarifkommissionssitzung zweifellos trotzdem widerspiegelt, wie breit (zur Überraschung vieler oberster Funktionäre in Vorstand und Bezirksleitungen) die Bewegung für existenzsichernde Einkommen in der IGM immer noch oder wieder ist. Bekannt ist bisher, daß neben NRW auch Bayern, Niedersachsen und Berlin „6% bei sozialer Komponente“ beschlossen haben, wobei die Befürworter/innen von festen Beträgen in der Abstimmung jeweils immerhin ein Drittel bis knapp die Hälfte ausmachten.

Auffallend ist, daß dies schwerpunktmäßig nicht mehr in erster Linie von den unteren Einkommen selbst getragen wird. Z. B. halten sich die Frauen im Gegensatz zu früher hier eher zurück. Vorgebracht wird dies vor allem von mittleren Einkommen, qualifizierteren Arbeitern und Angestellten bis hin zu hauptamtlichen Funktionären, denen offensichtlich an der grundsätzlichen Erhaltung der Mobilisierungs- und Kampfkraft der IGM zur Sicherung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Mitgliedschaft überhaupt gelegen ist. Das läßt Möglichkeiten offen. — (aro) Nachdruck aus: „Kritik und Widerstand“, Nr. 24/94, gekürzt

Die Tagung der Tarifkommission in Stuttgart

Claudia Nolte – Der Name steht für ein Programm!?

Gabriele Zimmer und Christina Spira über Kohls neue Ministerin für Frauen, Familie, Jugend und Senioren

Angela Merkel hat es geschafft. Sie ist das ungeliebte, undankbare Frauenressort los. Endlich kann sie beweisen, daß sie wesentlich mehr „drauf“ hat, als ihr bisher von ständig nörgelnden, unzufriedenen, widerborstigen Frauen aus dem Osten und Westen Deutschlands zugestanden wurde. Angela Merkel hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß ihr die emanzipierte Frau weit entfernt steht. Es war ihr einfach lästig, über Frauenförderung, Frauenquote, selbstbestimmte Schwangerschaft, Gewalt gegen Frauen und Mädchen debattieren zu müssen.

Nun ist Claudia Nolte Ministerin für Frauen, Familie, Jugend und Senioren. Sie, die sich bisher immer gegen eine Frauenquote wandte, ist nun „Opfer“ gar einer vierfachen Quotierung: jung, weiblich und Mutter, katholisch, aus dem Osten...

Für viele kam die Berufung überraschend, obwohl schon seit geraumer Zeit deutlich wurde, daß Bundeskanzler Helmut Kohl sie zum Ziehkind erkor. Sie erfuhr öffentliche Unterstützung, wo immer dies nötig war. Nicht nur, daß Helmut Kohl sich in Wahlveranstaltungen Claudia Noltes telefonisch zuschalten ließ, Wahlkreisbesucher aus Ilmenau in Bonn persönlich empfing. Auch die Presse in Südtübingen stand Claudia Nolte uneingeschränkt zur Verfügung. Manches erinnerte schon stark an die Hofberichterstattung aus verflossenen sozialistischen Zeiten.

Diesem Trend entsprach auch die gut getrimte Wählerinitiative „Pro Claudia Nolte“, die wenige Tage vor der Bundestagswahl über großflächige Anzeigen in ihrem Wahlkreis (Ilmenau, Suhl, Neuhaus, Schmalwald) gestartet wurde. Nicht zufällig gehörten Landräte, Bürgermeister, Geschäftsführer von heimischen Unternehmen, Sportler und ähnliche vom Wohlwollen der führenden Partei abhängige Leute zu den Unterzeichnern. Grundtenor: Die Rettung der Region liegt in den Händen Claudia Noltes.

Ein Narr, wer hier an Zufall glaubt. Selbstverständlich gehört ein gutes Wahlergebnis zum Startkapital, mit dem Frau Nolte ausgestattet werden mußte, wenn der Coup des Kanzlers klappt sollte.

Wer also ist Claudia Nolte, deren Berufung ins Kabinett für solche Aufregung sorgte? Sie ist 28 Jahre alt. Ihr Ehemann, der halbtags an der Technischen Universität Ilmenau beschäftigt ist, betreut den 3jährigen Sohn. Sie ist gelernte Elektronikfacharbeiterin und studierte an der damaligen Technischen Hochschule Ilmenau Automatisierungstechnik und Elektronik. Zu Beginn ihres Grundlagenstudiums stellte sie sich als Sprecherin der katholischen Studentengemeinde vor, fertigte bei Prof. Römer Arbeiten zur Friedensbe-

wegung an und absolvierte später ihr Ingenieurpraktikum bei Prof. Meyer mit einer rein bibliografischen Arbeit zur Medizinethik. Trotz unterschiedlicher weltanschaulicher Positionen wurde ihr – auch das war DDR – Fairness und Toleranz entgegengebracht. Sie galt als selbstbewußt, unkonventionell, willensstark und ehrgeizig. 1989 schloß sie sich dem Neuen Forum an, wechselte Anfang 1990 zur CDU und wurde am Runden Tisch Frauenpolitik von Prof. Rheinisch als hoffnungsvolle junge Frau für die Politik vorgestellt. Frau Nolte war für die CDU Mitglied der Volkskammer, errang im Oktober 1990 für die CDU das Direktmandat für den Bundestag, das sie vier Jahre später erfolgreich verteidigte.

Claudia Nolte selbst sorgt mit starken Sprüchen immer wieder dafür, daß ihr Ruf, Vertreterin eines erzkonservativen Frauenbildes zu sein, sich beständig bestätigt. So überlegte sie laut, ob Frauen, die abgetrieben haben, nicht ein Zwangsarbeitsjahr in einer sozialen Einrichtung absolvieren müßten. Sie gilt als Befürworterin der Erziehung

nen, die Nichtachtung von Lebenserfahrungen ostdeutscher Frauen im besonderen wehren.

Claudia Nolte kommt aus Thüringen. Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel reagierte mit „großer Freude“ auf die Berufung. Kein Wunder, schließlich betreibt Vogel die nachträgliche Christianisierung des kleinsten ostdeutschen Bundeslandes mit Vehemenz. Wer die Diskussion um die Thüringer Verfassung, das Bildungsgesetz des Landes, die Staatsverträge mit der evangelischen und der katholischen Kirche verfolgt hat, wird diesen Eindruck wohl kaum widerlegen können. Die frauenfeindliche Allianz, die in der Nach-Wende-Ära unter Vogel in Thüringen geschmiedet wurde, bedient sich der Noltes, Lieberknechts, Ahrenhövels...

Nicht Claudia Nolte an sich ist das Programm. Daß aber Frauen benutzt werden bzw. sich benutzen lassen, das ist Programm! Eine Claudia Nolte soll Tausende vom Arbeitsmarkt in Thüringen verdrängte Frauen, evaluierte Wissenschaftlerinnen, entlassene Pädagoginnen, Krippen- und Kindergartenzieherinnen vergessen machen?

Gegen ein aufwachendes Frauenbewußtsein (erinnert sei nur an den Frauenstreik vom 8. März, an die Proteste gegen die Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, gegen die Heuchelei über den Schutz des ungeborenen Lebens) werden die „braven“ Mädchen gesetzt, die mit sichtlichem Stolz die väterliche Fürsorge ihrer Gönner er dulden und sich alle erdenkliche Mühe geben, möglichst allen Kli-

scheevorstellungen der Dirndl- und Rüschen-schwingenden Frauen zu entsprechen.

Alles in allem: Die Merkels und Noltes sind als Frauen aus dem Osten Knüppel zwischen die Beine nicht nur der ostdeutschen politisch engagierten Frauen. Die Biographie von Claudia Nolte ist nicht ohne Reiz, sie hat bemerkenswerte Eigenschaften. Dazu gehört auch die Fähigkeit, für sich Dinge in Anspruch zu nehmen, die sie anderen Frauen abspricht (Selbstbestimmung, Aufstiegschancen mittels Quotierung, Toleranz). „Bemerkenswert“ ist ihre Flexibilität als Mitglied der Regierung. Offenbar fühlt sie sich in dieser Funktion nicht mehr ausschließlich ihrem Gewissen verantwortlich. Die Frauen in ihrem Wahlkreis, die sie noch unlängst mit dieser Bemerkung abspeiste, als diese sie aufforderten, in der Diskussion um den § 218 die Meinung des überwiegenden Teils der Frauen in Thüringen zu berücksichtigen, werden es aufmerksam registrieren.

Gabriele Zimmer ist PDS-MdL in Thüringen und PDS-Landesvorsitzende. Christine Spira arbeitet im AK „Feminisierung“ der PDS-Fraktion.



Frauenstreiktag am 8. März 1994 in Essen.

Wohnungslosenhilfe e.V. gegründet

Gegen Ausgrenzung und Diskriminierung

Am 24.11. fand die Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. in Bielefeld statt. Ziel des Vereins ist es, die Lebensbedingungen wohnungsloser Menschen in Deutschland zu verbessern. „Abschließend möchten wir darauf aufmerksam machen, daß wir protestieren gegen die zunehmende Marginalisierung weiter Teile der Bevölkerung und die Diskriminierung und Ausgrenzung wohnungsloser Menschen.“ In folgenden die Presseerklärung des Vereins.

— (map)

In der Zeit vom 21.11.-24.11.1994 fand in Bielefeld die Gründungsversammlung der Bundesbetroffeneninitiative wohnungsloser Menschen e.V. statt.

Bedingt durch die Wohnungspolitik dieser Regierung ist die Zahl von Wohnunglosen in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Immer mehr Menschen in Deutschland müssen buchstäblich auf der Straße leben.

Aus diesen Gründen ist es fast zwangsläufig, daß sich von Wohnunglosigkeit Betroffene zusammen, um ihrer Situation entschieden entgegenzuwirken.

Die Bundesbetroffeneninitiative wohnungsloser Menschen sieht als wesentliche Zielsetzung folgende Punkte an:

- Ausrufung des Wohnungsnotstandes in ganz Deutschland
- Zuweisung einer angemessenen Wohnung in einem festgelegten Zeitraum
- Kurzfristige Instandsetzung und Bewohnbarmachung von Leerstand
- Forcierung des gemeinnützigen sozialen Wohnungsbaus mit Belegungsrecht durch die Kommune
- Systemveränderung der Sozialhilfe
- Eine bessere Aufklärung über Rechte (über Wohn-, Sozial- und Arbeitsrecht) gerade in den neuen Bundesländern
- Mehr frauenspezifische Übernachtungsmöglichkeiten
- Sofortige Bereitstellung von menschenwürdigen Unterkünften für Wohnunglose
- Mitgestaltung von öffentlichen Räumen
- Weitergehende Beizuschussung der Bundesbetroffeneninitiative wohnungsloser Menschen durch den Bund.

Es kann nicht angehen, daß in unserem Wohlfahrtsstaat immer noch Menschen auf der Straße erfrieren müssen. In diesem angehenden Winter haben wir schon vier Todesfälle zu beklagen. Wir fordern deshalb Bund, Länder und Kommunen auf um Erstellung eines sofortigen Kältehilfsprogramms, damit wir diesen Winter nicht noch weitere Todesfälle zu beklagen haben. Was ist der Bundesregierung ein Menschenleben wert?

PKK-Generalsekretär Öcalan bekräftigt erneut Bereitschaft zu „fairen Lösungsvorschlägen“

Dokumentiert: Der vollständige Brief von Öcalan an westliche Staats- und Regierungschefs

Der Generalsekretär der PKK hat in Briefen an mehrere Staats- und Regierungschefs, darunter der USA, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, sowie an die UNO, die KSZE, den Europarat und die NATO die Bereitschaft der PKK „zur Unterbreitung von Lösungsvorschlägen zur Beendigung des Kurdenkonflikts erläutert“, meldete am 28. November die „Süddeutsche Zeitung“ unter Berufung auf dpa aus Ankara. Das Schreiben Öcalans datiert vom 10. November, liegt also den Regierungen des Westens bereits seit mehreren Wochen vor. Die militärische Lage des türkischen Regimes ist schlechter als je, aus beträchtlichen kurdischen Gebieten haben sich die türkischen Truppen in den letzten Wochen zurückziehen müssen, in anderen begegnen ihnen die kurdischen Guerilla-Einheiten inzwischen teilweise in offener Feldschlacht. Ob dies die Regierungen des Westens veranlassen wird, das von ihnen abhängige türkische Regime zum Einlenken zu bewegen, damit der Terror der türkischen Truppen und Mordkommandos gegen die kurdische Bevölkerung endlich ein Ende hat und eine politische Lösung erreicht werden kann, wird sich zeigen. — (rül)

Sehr geehrte ...
die kurdische Situation hat aufgrund der geographischen Lage Kurdistans eine große historische Bedeutung. In Kurdistan wird durch die türkische Gewaltpolitik zur Zeit ein großer Krieg geführt und unendliches Leid erfahren. Die kurdische Frage steht gegenwärtig auf der Tagesordnung nationaler und internationaler Institutionen und wird intensiv diskutiert. Sie nähert sich daher einer Lösung.

Gerade in dieser Phase möchte ich Sie über die Menschenrechtsverletzungen des türkischen Staates in unserem Land, über unsere Wirklichkeit und über unsere Position zur Lösung informieren, um alle Spekulationen aus dem Weg zu räumen.

Das gegenwärtige Bild in Nord-Kurdistan:

Nach zehn Jahren ist die kurdische Identität immer noch nicht anerkannt, alle Lösungsvorschläge werden abgewiesen und der türkische Staat beharrt nach wie vor auf dem Krieg. Er glaubt so, einen Erfolg erzielen zu können: Ein zerstörtes Land und das Blut von Tausenden kurdischer Menschen ist das Ergebnis, das sich uns darbietet.

Wir haben bisher versucht, diese Tatsachen an die Weltöffentlichkeit zu bringen und Lösungsvorschläge für diese Situation zu entwickeln, wobei wir uns um äußerste Offenheit und Verantwortung bemüht haben.

Der türkische Staat beharrt mit der Entwicklung des Spezialkrieges auf seiner unvorstellbar barbarischen Repressionspraxis. Infolge dieser Repressionen wurden in unserem Land über 2000 Dörfer zerstört und damit ein Großteil der ländlichen Struktur in Kurdistan vernichtet. Selbst staatliche türkische Stellen haben die Zerstörung der Dörfer eingestanden. (In der Anlage fügen wir Ihnen eine Liste dieser Dörfer bei.) Unsere Wälder werden in Brand gesteckt mit dem Ziel, keinen Baum in Kurdistan stehen zu lassen. Millionen von Kurden wurden zur Flucht in die türkischen Metropolen gezwungen. Mit die-

ser Politik der „verbrannten Erde“ beabsichtigt der türkische Staat, die Kurden zu vernichten. Jeden Tag werden Kurden von organisierten Banden des türkischen Staates auf offener Straße regelrecht hingerichtet. Auch nur die kleinsten kulturellen Entwicklungen, verfassungsrechtliche Neuordnungen oder der Beginn einer demokratischen Phase werden nicht geduldet. Wie am Beispiel der DEP zu sehen ist, stößt selbst politische Aktivität auf parlamentarischer Ebene auf schwerste Repressionen.

Der türkische Spezialkrieg will ein Land ohne Dörfer und Wälder schaffen. Er will die Widersprüche in der kurdischen Gesellschaft vertiefen, indem er die Kurden gegeneinander aufhetzt: „Entweder ihr werdet Dorfshützer und kämpft gegen eure Brüder, oder ihr flüchtet.“

Der türkische Staat hat seine ganze Armee, die modernsten Waffen, die Spezialeinheiten und die chauvinistisch-nationalistische, fundamentalistisch orientierte Konterguerilla in unser Land gebracht, um ein Blutbad anzurichten und damit ein Ergebnis zu erzielen. Er bekommt vom Westen Kredit und damit die Möglichkeit, den Krieg zu verlängern.

Das kurdische Volk hat gegen diese Repressionen und Praktiken des Staates den Kampf aufgenommen, weil es niemals ein Leben unter diesen grausamen und ungerechten Bedingungen akzeptieren wird. Die Massenprotestaktionen, die von unserem Volk in unterschiedlichen Gebieten Kurdistans durchgeführt wurden, wurden unbarmherzig niedergeschlagen.

Die Städte, in denen es zu solchen Protestaktionen kam, wurden später von der türkischen Armee zerstört und dem Erdboden gleichgemacht. So geschehen in Lice, Kulp, Sirnak, Digor und Yüksekkova, um nur einige zu nennen.

Sie werden mir zustimmen, daß bisher auf dieser Welt noch kein Staat mit größerer Brutalität einen Spezialkrieg gegen

Dokumentiert: Das 5-Punkte-Angebot der PKK vom März 1994

„1. Wir sind offen für alle Lösungsvorschläge und möglichen Schritte, die von Regierungen oder internationalen Organisationen in diese Richtung unternommen werden.

2. Wir erklären erneut unmissverständlich, daß wir nicht unbedingt für eine Teilung der Türkei sind. Ich betone, daß die Propaganda, die in diese Richtung gemacht wird, nicht die Realität wiedergibt.

3. Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß wir für eine Phase des Dialogs bereitstehen, wenn in einem demokratischen Rahmen und auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes unseres Volkes Beschlüsse gefaßt werden. Für konkrete Lösungsvorschläge sind wir immer offen gewesen und haben uns nie

davor gesperrt. Deshalb sind wir bereit für die Diskussion aller Alternativen, auch der Föderation.

4. Wir werden uns nicht davor scheuen, auf einen beiderseitigen Waffenstillstand und Gespräche über Lösungsmöglichkeiten einzugehen, wenn diese unter internationaler Beobachtung stattfinden. Wir werden nicht eine hindernde Haltung einnehmen.

5. Das Wichtigste ist jedoch, daß ich jetzt schon zusichern will, daß wir alle Beschlüsse der Konferenz über Lösungsmöglichkeiten jetzt schon akzeptieren werden. Wenn die Grundlage für eine politische Lösung und freie politische Aktivität gegeben ist, werden wir ebenso Schritte zu einer Beendigung des bewaffneten Kampfes unternehmen.“

Erklärung an die Brüsseler Kurdistan-Konferenz vom März 1994, zitiert nach: „Politische Berichte“ Nr. 6/94

ein Volk geführt hat. Ebenso hat noch kein Volk größeres Leid erlitten durch die Verleugnung seiner Identität und den Völkermord, dem es ausgesetzt ist.

Keine politische Frage erfordert ein schnelleres Eingreifen als die kurdische Frage.

Das Interesse, das auf internationaler Ebene dieser Frage entgegengebracht wird, führt zu Diskussionen, bei denen leider vielfach Positionen eingenommen werden, die ungerechte Beschuldigungen gegen unsere Organisation beinhaltet und unsere Realität nicht wiedergeben.

Zweifellos vertritt die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Nord-Kurdistan das kurdische Volk. Die Unterstützung durch das Volk und die militärische Kraft belegen das. Millionen haben ihre Hoffnung unserer Partei anvertraut. Wir haben entsprechend verantwortungsbewußtes Handeln an den Tag gelegt.

Ich möchte noch einmal ausdrücklich betonen: Wir vertreten die Haltung, daß Krieg keine Lösung ist. Wir glauben

fest daran, daß nur eine politische Lösung auf dem Verhandlungsweg die gegenwärtige Situation überwinden kann. Die kurdische Frage hat internationalen Charakter. Daher denken wir, daß einflußreiche Staaten und/oder internationale Institutionen eine wichtige Rolle bei der Lösung spielen können. Wir möchten in diesem Zusammenhang unterstreichen, daß wir jederzeit für Gesprächswünsche in dieser Richtung offen sind.

Die Öffentlichkeit wurde von uns schon mehrfach informiert, daß wir bereit sind, über eine Lösung der kurdischen Frage im Rahmen der bestehenden Grenzen und über eine Föderation zu diskutieren. Dabei sind unterschiedliche Alternativen denkbar. Wir haben unsere Haltung durch einen einseitigen Waffenstillstand im März 1993 bekannt. Ebenso haben wir unser Angebot auf der Internationalen Nordwest-Kurdistan-Konferenz am 12./13. März 1994 in Brüssel erneuert. Deren Lösungsvorschläge halten wir nach wie vor für realistisch und akzeptabel.

Der türkische Staat hat jedoch leider keine positiven Reaktionen auf unsere Angebote gezeigt.

Es gibt zwei Parteien in diesem Konflikt: Wir und der türkische Staat. Ist die Gegenseite dazu bereit, kann dieser Krieg sofort beendet werden. Wir möchten nicht, daß Zehntausende von Menschen sterben. Damit sind die Fragen „Wer sind die Terroristen?“, „Was ist Terror?“, „Durch wen wird täglich die Genfer Konvention verletzt?“ beantwortet. Trotz unserer Dialogangebote beharrt der türkische Staat auf dem Krieg und folgt in der kurdischen Frage der national-faschistischen Linie von Ecevit und Türkes.

Es ist an der Zeit, daß die Welt den Massakern des türkischen Staates nicht mehr schweigend zusieht, sondern gegen seine repressiven Spezialkriegsmethoden Stellung bezieht. Unsere Nation hat einen Anspruch darauf!

In dem festen Glauben, daß eine neue Phase der Gespräche und Beziehungen neue Lösungswege eröffnen wird, bekennen wir noch einmal unsere Bereitschaft und Offenheit gegenüber allen fairen Lösungsvorschlägen.

Ich bedanke mich für Ihr Interesse und verbleibe hochachtungsvoll
Abdullah Öcalan, Generalsekretär der Arbeiterpartei Kurdistans



Bild: Kani Yilmaz auf dem Kurdistan-Festival im Herbst 1994 in Maastricht

Letzte Meldung: Entscheidung in London über Kani Yilmaz auf den 5. 12. vertagt

London. Das Kurdistan-Informationsbüro in London teilt mit, daß das Londoner Gericht am 28. November die Entscheidung über die von der BRD beantragte Auslieferung des ERNK-Europasprechers Kani Yilmaz erneut vertagt hat. Auf der letzten Sitzung waren von der BRD weitere Unterlagen zur Begründung ihres Antrags verlangt worden. Diese lagen auf der Sitzung am 28. November vor. Die Vertheidigung will diese Unterlagen nun prüfen. Die nächste Verhandlung ist für den 5. Dezember anberaumt. — (rül)

Blumenarbeiterinnen unterstützen!

24. 11. bis 11. 12.: Rundreise kolumbianischer GewerkschafterInnen

Die Arbeitsbedingungen, gewerkschaftliche Unterdrückung und die große Menge von Giften in der Produktion der kolumbianischen Blumenindustrie haben kirchliche, sozial und ökologisch orientierte Verbände in der BRD seit längerer Zeit auf den Plan gerufen. Brot für die Welt, FIAN, PAN, terres des femmes und terres des hommes führen mit Aktionen vor Blumenläden und -großmärkten, mit Protestbriefen an die kolumbianische Regierung und an das Europäische Parlament eine Kampagne zur Unterstützung der BlumenarbeiterInnen in Kolumbien durch. Höhepunkt wird in diesem Jahr die Rundreise eines Gewerkschaftsvertreters und einer Blumenarbeiterin vom 24. No-

vember bis 11. Dezember durch die BRD sein (siehe dazu nebenstehenden Kasten).

In die EU können kolumbianische Blumen derzeit zollfrei eingeführt werden. Die Gruppen fordern die EU auf, diese Regelung nicht um zehn Jahre zu verlängern, sondern auf zwei Jahre zu begrenzen und die Verlängerung von der Einhaltung der Menschenrechte und Verbesserungen im sozialen und ökologischen Bereich abhängig zu machen. Mit der Kampagne soll auch Druck auf die deutschen Importeure (BGI) ausgeübt werden, sich bei ihren Lieferanten für soziale Grundrechte (Gewerkschaftsfreiheit, Löhne, Vertragssicherheit...) einzusetzen.

BRD ist der Blumenimporteur Nr. 1

Die Bundesrepublik ist weltweit wichtigstes Blumenimportland. Der profitabelste Blumenmarkt der Welt hat diese Republik auch bei Schnittblumen zur Nummer 1 gemacht. Ungefähr sieben Milliarden Mark werden hier jährlich für diese Blumen ausgegeben. Lediglich 20 Prozent davon stammen aus heimischer Produktion. Der Rest wird für Importerzeugnisse aus Holland, Kolumbien, Kenia, Thailand, Costa Rica und anderen Ländern über den Ladentisch geschoben. Die Verbraucher, die dieses viele Geld bezahlen — 15 Prozent des PKW-Umsatzes, vermerkt der Blumengroßhandelsverband stolz — wissen nichts oder nur wenig über die Herkunft und Produktionsbedingungen.

Kolumbien ist nach den Niederlanden zweitgrößter Blumenproduzent der Welt. Die ständig sinkenden Preise für ursprüngliche Exportwaren (Kaffee, Bananen), die steigende Verschuldung bei der Weltbank, dem IWF, den Banken der Industrienationen, niedrige Arbeitslöhne und hohe Arbeitslosigkeit, aber auch gute klimatische Bedingungen haben den Wechsel zu diesem neuen Exportprodukt bereits ab Mitte der 60er Jahre befördert. Heute werden in Kolumbien in 430 Betrieben auf ca. 4000 Hektar Land 100000 Tonnen Blumen pro Jahr produziert. 75000 Menschen arbeiten direkt in der Blumenindustrie, etwa 600000 sind von ihr abhängig.

Profiteure des Einsatzes von Chemie

In den 50er Jahren wurde in holländischen Teihäusern damit begonnen, den natürlichen Wuchs von Blumen durch Chemieeinsatz zu steigern. Heute werden damit Größe, Anzahl, Farbe usw. beeinflusst. Während in Holland durch Proteste der Einsatz von Chemikalien zumindest teilweise zurückgedrängt werden konnte, sind die „Entwicklungsänder“ für die Chemiekonzerne noch unbegrenzte Exportländer. Unbegrenzt, weil zum Beispiel die Produktion von Schnittblumen in Kolumbien 1988 nach offiziellen Angaben pro Hektar 18,8 kg bzw. Liter Insektizide, 70,6 kg/Liter Pestizide und 2265 kg Hormone, Wachstumsbeschleuniger und Kunstdünger zuließ. — Es gibt nur für Kunstdünger eine Vergleichszahl aus Mitteleuropa: Für Getreide werden ca. 250 kg je Hektar eingesetzt.

Die BRD ist auch hier Marktführer; Bayer, Hoechst, BASF und Schering gehören zu den zehn größten der Welt, die sich 75 Prozent des Marktes teilen. Die vier Konzerne machen 25 Prozent des weltweiten Pestizidumsatzes von etwa 36 Mrd. Mark und exportieren 80 Prozent — ein Viertel davon in „Entwicklungsänder“.

Die Arbeitsbedingungen

Daß durch solche Überflutung des Bodens und der Luft die Menschen und die Natur schwer geschädigt werden, ist naheliegend. Die Schutzkleidung beim Ausbringen der Gifte ist unzureichend bis gar nicht vorhanden. Wegen der Hitze kann sie oft nicht getragen werden. Die Akkorde lassen ein Einhalten der räumlich und zeitlich notwendigen Abstände zu den Giften nicht zu. Die verseuchten Planzenabfälle werden an das Vieh verfüttert.

Häufige Erkrankungen sind Hautausschläge, Augenbrennen, Kopfschmerzen, Sehstörungen, Asthma und andere Allergien. Es gibt überdurchschnittlich

beschäftigt. Eigentlich gibt es in Kolumbien einen Mindestlohn von 110 US-Dollar im Monat. Aber mit solchen Maßnahmen und Sanktionen wird diese Bindung unaufhörlich unterlaufen.

Noch vor 20 Jahren bearbeitete eine Arbeiterin z.B. bis zu zehn Beete pro Tag. Heute muß sie 35 bis 40 beackern. Oder: Beim Klassifizieren müssen pro Stunde 1000 bis 1200 Blumen vor Spiegeln auf Schädlinge untersucht, nach Größen eingeteilt und auf die entsprechenden Behälter verteilt werden.

Widerstand wird verfolgt

In kolumbianischen Betrieben gibt es sogenannte Betriebsgewerkschaften —



Blumenarbeiter beim Ausbringen hochgiftiger Pestizide. Für Gasmasken gibt es keine Ersatzfilter und viele Schläuche sind mürbe. Auch ArbeiterInnen sind gefährdet: „Manchmal schicken sie uns aus den Gewächshäusern, wenn gespritzt wird, aber wenn die Stückzahlen noch nicht erreicht sind, müssen wir drin bleiben.“

viele Fehlgeburten und Krebserkrankungen. Einige Folgeschäden, wie z.B. die durch Grundwasserverseuchung, sind in ihrem vollen Umfang gar noch nicht zu erkennen.

Die EU fordert aber nach wie vor absolute Schädlingsfreiheit der importierten Blumen. Sie werden also vor dem Verladen in die Jets noch einmal mit einer großen Menge Gift behandelt. — Übrigens ein Vorgang, unter dem die hier arbeitenden Floristinnen dann oft zu leiden haben.

Unter den Beschäftigten der Blumenfabriken sind 70 Prozent Frauen. Während bisher Männer meistens Vorarbeiter- und ähnliche Aufgaben hatten, werden in letzter Zeit immer mehr Arbeitergruppen beschäftigt, die einen festgesetzten Arbeitsumfang — z.B. Vorbereiten der Böden durch Dämpfen und Sterilisieren — zu einem festen Preis erledigen, aber nicht mehr Lohnarbeiter des Betriebs sind. Die Konkurrenz der Arbeitergruppen nutzend, können die Blumenkapitalisten die Löhne immer weiter senken.

Auch werden entgegen gesetzlicher Regelungen Minderjährige zu noch niedrigerer Bezahlung als Erwachsene

Organisationen, die die Interessen der Blumenkapitalisten durchsetzen helfen. Wer sich dagegen in freien Gewerkschaften organisieren will, wird verfolgt. In dem Betrieb „Monteverde“ wurden im Herbst 1993 z.B. 72 ArbeiterInnen entlassen, 20 davon innerhalb von nur drei Tagen, nachdem sie begonnen hatten, eine Gewerkschaft aufzubauen. Einige klagten gegen die Kündigung und die Verletzung der Gewerkschaftsrechte. Erst im Mai dieses Jahres wurde die Klage zurückgewiesen, das Arbeitsministerium behauptete, der Betrieb hätte sich keiner kollektiven Entlassungen schuldig gemacht. Den Versuch ganz aufzugeben, zu ihrem Recht zu kommen, haben die ArbeiterInnen noch nicht: gegen das Urteil legten sie Widerspruch ein.

Zunehmend sind Vorstandsmitglieder des Gewerkschaftsdachverbands CUT, dem auch FENSUAGRO angehört, Morddrohungen ausgesetzt. Seit 1988 wurden allein 500 Mitglieder von FENSUAGRO ermordet. Die massiven Verfolgungen werden auch durch die Medien unterstützt, die Gewerkschaften als „Tarnorganisationen“ der Guerrilla bezeichnen. — (jol)

Eine kolumbianische Nelke — wer verdient daran wieviel?



Termine und Orte für die Rundreise in der BRD

Sie werden berichten:

Luis Carlos Acero war in der Blumenindustrie beschäftigt und beim Aufbau von Basisgewerkschaften engagiert. Er und weitere Vorstandsmitglieder der Landarbeitergewerkschaft FENSUAGRO werden seit einigen Wochen massiv bedroht und überwacht.

Maria Fernanda Sanchez ist langjährige Blumenarbeiterin, die heute in einer kirchlichen Frauenorganisation mit Jugendlichen und Frauen aus der Blumenindustrie arbeitet.

Nächste Termine der Rundreise:

- 2.—4.12. Hamburg, 4 Veranstaltungen
- 5.12. Herne
- 6.12. Aachen
- 7.12. Düsseldorf
- 8.12. Solingen
- 9.12. Frankfurt/M.

Weitere Informationen bei:
FIAN, Sektion BRD e.V.,
Overwegstraße 31,
44625 Herne,
Tel. 02323-490099.



Vier Wochen Streik bei GEC in Frankreich

Beschäftigte in der Industrie fordern eine deutliche Anhebung der Löhne

Am vergangenen Montag haben die Beschäftigten von GEC-Alsthom in Belfort nach einem vierwöchigen Streik die Arbeit wieder aufgenommen. In Bourgogne hatte die Belegschaft bereits am 24. November den Streik beendet. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen, ohne daß irgendwelche Vereinbarungen über die Ergebnisse des Streiks feststehen. Es scheint, daß die Konzernetagen von GEC-Alsthom mit der kategorischen Ablehnung der Belegschaftsforderungen der sich entwickelnden Lohnbewegung die Spitze brechen wollten.

Am 24. Oktober hatten Beschäftigte des Konzerns in Bourgogne die Tore besetzt, in Belfort trat die Belegschaft in den Streik. Ihre Forderungen: Eine Erhöhung der Löhne um monatlich 1500 Francs (ca. 440 DM) für alle. Die Beschäftigten des Konzerns in Le Havre, La Courneuve und in Rouen hatten sich dem Streik ebenfalls angeschlossen. Zwei Demonstrationen fanden statt: Am 15. November demonstrierten 5000, am 19. November unterstützten 8000 Menschen in Belfort die Streikenden. An der Demonstration, zu der die Gewerkschaften CGT, CFDT und FO aufgerufen hatten, beteiligten sich u.a. auch Teile der Belegschaften des Autokonzerns Peugeot.

Begonnen hatten den Streik jüngere Arbeiter mit der Blockade der Tore, nachdem sie ihre mageren Nettolöhne mit den Ergebnissen des Konzerns und den Einkünften des Direktors Suard verglichen hatten. Nach Angaben der Zeitung *Liberation* geht PDG Pierre Suard mit jährlich zwölf Millionen Francs nach Hause, während junge Arbeiter bei GEC-Alsthom netto 5400 Francs (nicht einmal 1600 DM monatlich) erhalten.

Der letzte Vorschlag, den der Schlichter am Abend der Demonstration vom 19. November unterbreitete, sah vor, die Einkommen unterhalb von 7000 Francs (ca. 2000 DM) um 500 Francs zu erhöhen, im Bereich von 8500 bis 9500 Francs sollten die Beschäftigten 100 Francs erhalten. Die Direktion von GEC-Alsthom hatte vorgeschlagen, lediglich 300 Francs für die Beschäftigten unterhalb von 7000 Francs zu zahlen und 200 für die Einkommensgruppen zwischen 7000 und 7500 Francs. Die CGT hatte vorgerechnet, daß diese Angebote völlig unzureichend sind: in Belfort würden den Vorstellungen des Schlichters zufolge gerade mal 150 der

7400 Beschäftigten 500 Francs brutto erhalten, netto 400 Francs.

Die Belegschaft war gespalten: Bei einer Abstimmung der Beschäftigten in Belfort am 22. November, fast einen Monat nach Beginn des Streiks, hatten mehr als 54% (3200) für eine Wiederaufnahme der Arbeit gestimmt. 2700 Beschäftigte waren gegen das Angebot des Schlichters und wollten den Streik fortsetzen, fast 1500 hatten an der Abstimmung nicht teilgenommen. Große Teile der Belegschaft erhalten als Ergebnis des Streiks ein Viertel oder weniger der geforderten 1500 Francs, viele gar nichts. Die Gewerkschaften hatten sich auf kein weiteres gemeinsames Vorgehen einigen können.

Auch in anderen Unternehmen war es zu Streiks für höhere Einkommen gekommen: Ende Oktober traten 550 Beschäftigte bei Pechiney in Dunkerque für die Forderung nach einer Lohnerhöhung von 1000 Francs in den Streik. Nach dreizehn Tagen erreichten sie eine monatliche Lohnerhöhung von 450 plus 50 Francs. Die Beschäftigten von Martell in Cognac streikten Ende Oktober eine Woche für eine Lohnerhöhung von 500 Francs für alle. Die Direktion lehnte eine Erhöhung der unteren Lohngruppen um mehr als 385 Francs ab. Die Journalisten bei Radio France erstreikten eine Lohnerhöhung von 1086 Francs, gestaffelt auf zwei Jahre. Die Beschäftigten von Rabéwerk in Haut-Rhin erkämpften mit einem mehrtägigen Streik die Zahlung eines dreizehnten Monatslohnes.

Die Regierung befürchtete bereits, es könnte erstmals wieder zu einer breiten Lohnbewegung kommen, einer Lohnbewegung, die vor allem auch eine deutliche Anhebung der Löhne der schlecht bezahlten Teile der Belegschaften zum Ziel hat. Und das vor den Präsidentschaftswahlen!

Erstmals seit 1988 ist die Anzahl der Streiktage 1993 wieder angestiegen. Während seit Mitte der achtziger Jahre vor allem die Sicherung von Beschäftigung, der Kampf gegen Entlassungen und Werkschließungen Mittelpunkt der Arbeitskämpfe war, steht erstmals seit langem wieder die Erhöhung der Löhne und Gehälter im Vordergrund. Vierzig Prozent der im ersten Halbjahr 1994 stattgefundenen Arbeitskämpfe betrafen Lohn und Gehalt (1993 29%). Wie die Lohnbewegung nach dem Streikende bei GEC-Alsthom allerdings weitergeht, ist offen. — (map)

Die Regierung fürchtet eine breite Lohnbewegung

Die Mehrheit sagte nein zur Europäischen Union

NorwegerInnen stimmten gegen den Beitritt

Eine Mehrheit von 52,5 Prozent der Wahlberechtigten hat bei einer hohen Wahlbeteiligung von 88 Prozent den Beitritt Norwegens zur Europäischen Union abgelehnt (Stand: Dienstag, 29. November, 10 Uhr).

Gegen die gewählte sozialdemokratische Führung und gegen den Wirtschaftsverband, gegen den EU-Sog der Abstimmungen in Finnland und Schweden hat eine breite Volksbewegung von überwiegend Fischern und Bauern, jungen Leuten und Frauen und Gewerkschaftsmitgliedern Widerstand geleistet.

Daß das Ergebnis nahe an das der Volksabstimmung von 1972 herankommt, ist eine großartige Leistung der „Nein-zur-EU“-Kampagne, die vor allem durch fundierte Argumente über die Auswirkungen eines EU-Beitritts zu einer sachlichen Auseinandersetzung beigetragen und Überzeugungsarbeit geleistet hat.

Nicht nur die Mehrheit der norwegischen Bevölkerung ist in Jubel ausgetreten. Auch für die nicht unbeträchtliche Anzahl von EU-Gegnern in Schweden, Finnland und Dänemark bringt dieses Ergebnis neuen Aufwind.

Eine Zitterpartie blieb die Volksabstimmung bis zur Bekanntgabe des sicheren Ergebnisses. Eine sehr hohe Briefwahlbeteiligung von 13% sorgte für zusätzliche Spannung, weil diese Stimmen zuletzt ausgewertet wurden.

Die letzten Wochen und Tage legten die EU-Befürworter alles in die Waagschale. Die große Mehrheit der Presse waren auf ihrer Seite, und das staatli-

che Rundfunk- und Fernsehprogramm NRK verhehlte seine Sympathie für Gro Harlem Brundlands EU-Politik nicht.

Da wurde noch kurz vor der Abstimmung die letzte Fernsehdiskussion mit den Parteivorsitzenden zum Vorteil der JA-Sager geändert, indem ihnen mehr Raum zur Darstellung ihrer Position gegeben wurde. Nach Ansicht der EU-Gegner machte sich die Ministerpräsidentin zum Sprachrohr des norwegischen Wirtschaftsverbandes. Sie forderte ihre Landsleute auf, für die EU zu stimmen.

Nur so könne die Wirtschaft wachsen und Arbeitsplätze und Wohlstand sichern. Die alten Argumente, die schon beim Referendum 1972 ein Schreckensszenario hergaben, wurden ausgegraben: Ein Alleingang Norwegens würde das Land isolieren, und die reichen Ölressourcen könnten keinen Gewinn mehr bringen. Schon damals hat die tatsächliche Entwicklung das Gegenteil bewiesen.

In einer Resolution „Für Europa — gegen die EU“ mehrerer Persönlichkeiten (unter anderem von Liv Ullmann) wird die kritische Haltung vieler Menschen in Norwegen gegenüber der Europäischen Union wiedergegeben:

„Eine Welt im Umbruch fordert Vielfalt in Europa. Norwegen kann am ehesten in einem demokratischen Europa mitwirken, wenn es auch Antworten für die Dritte Welt gibt, indem es außerhalb des europäischen Machtblocks — der europäischen Union — steht.“

— (ccs)

Fortschrittliche Kräfte erheblich gestärkt

**Zum Wahlergebnis in Uruguay
Erfolge der Frente amplio**

Julio Maria Sanguinetti wird neuer Präsident in Uruguay. Laut den ersten Auszählungsergebnissen liegen die drei größten Parteien landesweit annähernd Kopf an Kopf. An erster Stelle allerdings mit gut 32 Prozent die sozialdemokratische Colorado-Partei, gefolgt von den konservativen Blancos.

2,3 Millionen Menschen in Uruguay waren wahlberechtigt, wobei die Hälfte davon allein in der Hauptstadt Montevideo lebt. Eigentlicher Wahlsieger ist das Mitte-/Linksbündnis „Encuentro Progresista“.

Es legte von ehemals 21 auf jetzt 28 Prozent landesweit erheblich zu. Daß die Linke nicht den Präsidenten gewonnen hat, liegt nur daran, daß die etwa fünf Prozent der Stimmen, die auf die Partei „Nuevo Espacio“ entfielen, nicht den Stimmen für Vasquez, dem Kandidaten der Linken, zugerechnet werden. Vasquez war die letzten fünf Jahre Bürgermeister der Hauptstadt Montevideo.

Aus der seit dem letzten Jahrhundert bestehenden Zwei-Parteien-Herrschaft ist ein parlamentarischer Dreikampf geworden. Damit konnten sich die fort-

schriftlichen Kräfte landesweit erheblich verbessern. Die Bürgermeisterwahl in der Hauptstadt Montevideo gewann der Kandidat der Frente amplio, der größten Gruppe innerhalb der „Encuentro Progresista“, der Umweltpolitiker Mariano Arana.

An die in der Frente amplio vertretenen Teile der Befreiungsbewegung der Tupamaros (ein Teil der Tupamaros lehnt die Zusammenarbeit innerhalb von Frente amplio ab) stellen sich nun ganz neue Anforderungen: das Linksbündnis muß nun konkret die Umsetzbarkeit seiner Forderungen unter Beweis stellen.

Hierzu zählen eine durchgängige Demokratisierung der Gesellschaft, die Aufdeckung schwerer Menschenrechtsverletzungen bis in die jüngste Vergangenheit sowie der Aufbau des Mercosur, eines gemeinsamen Handelsraumes mit Argentinien, Brasilien und Paraguay. Dieser soll zukünftig mehr an den Interessen der Bevölkerung orientiert sein als dies bei den bisherigen Wirtschaftsstrukturen der Fall war. Maßgeblich geprägt gewesen waren die von den Interessen der 600 reichsten Familien des Landes. — (ank/hav)

Die ärztliche Behandlung wird verweigert!

Angehörigen-Aktion für die Verlegung von Adelheid Schulz in die Universitätsklinik Frankfurt

Seit Donnerstag, 24.11., sind Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen vor dem Knast Köln-Ossendorf. Die gesundheitliche Situation von Heidi Schulz ist zugespitzt. Die Justiz blockt seit fast vier Jahren Untersuchung und Behandlung von Heidi ab. Es ist inzwischen ein zynisches Spiel mit Heidis Leben. Nachdem über Jahre jede Lebensäußerung belauert, festgehalten und im Apparat gespeichert wurde, behauptet nun das Justizministerium nach dreieinhalbjähriger Auseinandersetzung um medizinische Untersuchung und Behandlung von Heidi, es bräuche erst alle „Unterlagen“ (!), um über die Verlegung von Heidi in die Uniklinik Frankfurt entscheiden zu können. Von neuem, wie vom Nullpunkt, soll ein Schritt für die Behandlung von Heidi von den Mechanismen der Bürokratie erstickt werden.

Die Angehörigen nehmen nicht hin, daß die Folge von jahrelanger Isolation und Sonderbehandlung nun selbst und grenzenlos gegen die Gefangenen und zur Zerstörung der Gefangenen eingesetzt wird.

Die Dauerpräsenz ging bis zum Redaktionsschluß weiter. Am Montag, 28.11., fand um 18.00 Uhr eine Kundgebung statt.

Flugblatt der Angehörigen

Wir stehen hier vor dem Ossendorfer Knast, weil Heidi Schulz hier gefangen gehalten wird und weil die Justizbürokratie und der Knast sich weigern, dringend notwendige medizinische Versorgung für sie zu gewährleisten. (...)

Auch Heidi Schulz ist in den zwölf Jahren Haft und durch die verschärften Bedingungen krank geworden, ihre Gesundheit ist bis auf den Grund zerrüttet. Dieser Prozeß der Zerstörung der Gesundheit eskaliert vor allem deswegen, weil seit Jahren fachärztliche Betreuung von Ärztinnen des Vertrauens entweder überhaupt nicht genehmigt wird oder unerträglich lange verzögert wird.

Jeder Arzt oder jede Ärztin braucht eine Genehmigung, bevor sie überhaupt

in den Knast reinkommt. Mehr als 14 Monate dauerte es 1991/92, bis ein Antrag auf Zulassung einer Gynäkologin für Heidi Schulz genehmigt wurde! Die Ärztin muß eine Prozedur von Sicherheitsüberprüfung über sich ergehen lassen – in einem Fall wurde sogar der Nachweis sämtlicher Wohnsitze einer Ärztin in den letzten zehn Jahren verlangt! Immer wieder werden Anträge nicht genehmigt, verordnete Medizin wird nicht oder Monate später an Heidi ausgegeben, Gesundheitseinkauf wird nicht oder erst Monate nach der Beantragung und der Verordnung durch die Ärztin genehmigt. Eine Behandlung außerhalb des Knasts findet immer nur als Ausnahmezustand statt. Heidi wird an Händen und Füßen gefesselt, begleitet von Schließerinnen und bewaffnetem Sondereinsatzkommando weggebracht. Schließerinnen führen Heidi mit einer Knebelkette in den Behandlungsraum, sind mitunter bei der Untersuchung und der Besprechung der Diagnose anwesend.

Immer wieder werden „Sicherheits-

fragen“ oder bürokratische „Probleme“ von den Verantwortlichen als ursächlich dafür benannt, daß alles eben so lange dauert. Im November 1993 beantragen Ärzte eine sog. Ausführung für Heidi, damit eine Bauchspiegelung gemacht werden kann. Dieser Antrag wird zunächst überhaupt nicht beantwortet. Heidis Anwalt beantragt im Januar 1994 erneut die Behandlung. Darauf antwortet die Ossendorfer Anstaltsleitung wie folgt: „Aus Sicherheitsgründen kann Ihnen im o. g. Schriftsatz gestellten Anträgen nicht entsprochen werden.“ Auf die Frage nach den Gründen erhält der Anwalt die Antwort: „... die hierfür maßgeblichen Überlegungen können aus Sicherheitsgründen nicht mitgeteilt werden.“

Die „Sicherheitsgründe“, die bürokratischen Hürden – all das sind nur die äußere Fassade. Dahinter steht die entschlossene Haltung von Knast und Justizbürokratie, Heidi Schulz die notwendige medizinische Versorgung nicht zu gewähren! Das ist die Realität!

(...) Wir sind heute hier, weil wir die

staatliche Erpressung der politischen Gefangenen nicht mehr länger hinnehmen. Wir werden hier vor dem Knast demonstrieren und die Öffentlichkeit über diese menschenverachtenden Verhältnisse informieren.

Ärzte aus Frankfurt haben zugesagt, Heidi medizinisch zu behandeln.

Deswegen muß Heidi jetzt, nachdem der Kampf um ärztliche Behandlung schon Jahre dauert, unverzüglich in die Universitätsklinik Frankfurt verlegt werden. Die Behandlung dort muß unter menschenwürdigen Bedingungen stattfinden können. D.h. die behandelnden Ärzte und Heidi bestimmen den Zeitpunkt für die Beendigung des Krankenhausaufenthaltes; d.h. auch, Heidi muß dort Besuch von ihren Angehörigen bekommen können. Schließerinnen und Sondereinsatzkommandos dürfen weder bei den Untersuchungen noch im Krankenzimmer sein!

Menschenrechte müssen erkämpft werden! Solidarität mit den politischen Gefangenen!

— (aus: „Angehörigen Info“, gekürzt)



Foto: Transparent

„Am Sonntag haben InternationalistInnen an die Wand des Hauses Hafenstraße 116 die Fahne der kurdischen Befreiungsfront ERNK gemalt und mit einer Parole gegen das Verbot der PKK und kurdischer Vereine vor einem Jahr protestiert. ... Aus Hamburg stammt Kriegsgerät für die türkische Armee in ihrem schmutzigen Krieg gegen das kurdische Volk, in Blankenese werden Offiziere der türkischen Armee an der Führungskademie der Bundeswehr ausgebildet. Von Fuhlsbüttel starten Urlauberjets und bringen Millionen Devisen für die Kriegsführung des NATO-Staates Türkei. (...) Der Hamburger Senat entblödet sich nicht, mit einem massiven Polizeieinsatz das ERNK-Symbol zu übermalen ...“ (aus einer Presseerklärung der „Unabhängigen Kurdistan-Solidarität, c/o Hafenstraße 116, 21.11.)



Kindertagesstättengesetz in weiter Ferne

Stuttgart. Im überfüllten Großen Saal des DGB-Hauses mußten sich am 12. November die aus ganz Baden-Württemberg angereisten Elternvertreter und Erzieher aus Kindertagesstätten mal wieder das Lamento über die schlechten Finanzen von Politikern aus Kommune und Landesregierung anhören. Sehr beeindrucken ließen sich die ca. 350 Anwesenden dadurch nicht. Waren sie doch vor allem aus ländlichen Gebieten gekommen, um an Hand von konkreten Beispielen den Protest über Sparmaßnahmen in der öffentlichen Kinderbetreuung kundzutun. Auch die von der Landesregierung eingesetzte Enquetekommission „Kinder in Baden-Württemberg“ hat bisher daran noch nichts geändert, und der anwesende Vertreter sah sich herber Kritik ausgesetzt, weil deren Forderungen nur in Richtung Stärkung der Familien gehen (z.B. Erhöhung der Einkommensgrenze für das Landeserziehungsgeld). Es wurde festgestellt, daß Mayer-Vorfelder in seinem Haushaltspolitik für nächstes Jahr selbst dafür kein zusätzliches Geld bewilligen will. Die anwesende Familienministe-

rin Unger-Soyka versprach, daß in Zukunft bei altersgemischten Betreuungsformen der Personalkostenzuschuß von 30% für alle Altersgruppen gewährt werden soll. Zur Veranstaltung in Form einer Podiumsdiskussion hatte der Koordinationskreis Kinderbetreuung in Baden-Württemberg (ÖTV, DGB u.a.) eingeladen. Ziel soll die Durchsetzung eines Kindertagesstättengesetzes sein, das die ab Januar 1996 außer Kraft gesetzten Kindergartenrichtlinien ersetzt. — (mok)

ÖTV NRW leitet erste Kampfmaßnahmen ein

Köln. Die ÖTV in NRW hat den Kommunalen Arbeitgeberverband eindringlich aufgefordert, bis spätestens zum 30. November Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, die gekündigten Tarifvorschriften wieder in Kraft zu setzen. „Nur damit sei die Chance gegeben, die nach den erheblichen Unruhen in den Betrieben möglichen Störungen im Nahverkehr in den Vorweihnachtszeit zu vermeiden“, erklärte der Bezirksvorstand der ÖTV. In Essen und Köln kam es zu ersten Warnstreiks im öffentlichen Nahverkehr.

HAMBURG**Warnstreiks bei der Hamburger Hochbahn**

Am Donnerstag letzter Woche fuhren zwischen 5.00 und 7.30 Uhr weder U-Bahnen noch Busse: Die Beschäftigten bei der Hamburger Hochbahn AG (HHA) führten einen Warnstreik durch. Weitere sind, bleibt die HHA unnachgiebig, für Dezember angekündigt.

Der kargen Forderung der ÖTV nach einer Lohnerhöhung von 2 % hat die HHA einen Katalog von Gegenforderungen entgegengestellt: Streichung zusätzlicher Winterurlaubstage, Einfrieren des Urlaubsgeldes, des Weihnachtsgeldes in diesem Jahr, Kürzung um die übertariflichen Zulagen in den nächsten beiden Jahren, Streichung von Nachtarbeitszuschlägen, Einfrierung von Zulagen, Kürzung der Pensionszahlungen, Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 37 auf 38 Stunden.

Druckmittel der HHA gegen die 5700

Beschäftigten ist die geplante Deregulierung und Neuorganisation des Nahverkehrs im Zusammenhang mit einer EU-Richtlinie, die am 1.1.95 in Kraft tritt. Danach sollen „Wettbewerbsverzerrungen“ im ÖPNV durch europaweite Ausschreibung und Zulassung von (privater) Konkurrenz künftig verhindert werden. SPD und STATT-Partei haben das Ziel gesteckt, den Kostendekkungsgrad beim Verkehrsverbund HVV zu verbessern. Die geplante Umstrukturierung des HVV, die Erweiterung des Verbundes mit den Umlandkreisen bringt weiteren Druck in Richtung Rationalisierung/Preiserhöhungen, da die umliegenden Kommunen nicht für die Hamburger Verkehrsdefizite mit eintreten möchten. Die HHA-Beschäftigten sollen jetzt als erste zur Kasse gebeten werden. — (ulj/scc)

EU-„GEGENGIPFEL“ IN ESSEN**Staatliche Störungen der Mobilisierung**

Die Versuche staatlicher Stellen, die Aktionen gegen den EU-Gipfel Anfang Dezember in Essen zu kriminalisieren, werden schärfer. Die Polizei verbreitet angebliche „Erkenntnisse“ über mögliche Anschläge und macht aus einem eher nalen Aufruf zur „Jagd auf Politiker“ — u.a. beim Kelpenbesuch — ein „Bekennerschreiben“. Verfassungsschutzpräsident Werthebach sieht die RAF am Werk. Für die Demonstration am Samstag, dem 10. Dezember, liegt bis Redaktionsschluß keine Anmeldebestätigung vor.

Die staatlich geschürte Stimmungsmache dient nicht nur der Begründung eines großangelegten Bürgerkriegsmävers. 7000 Polizisten sollen die EU-Regierungschefs in Essen schützen, ganze Stadtteile werden tagelang abgeriegelt. Die vom Staatsschutz lancierten Äußerungen treffen jede kritische Auseinandersetzung mit der EU-Politik der BRD. Prompt hat der Sozialdezernent der Stadt Essen eine schon lange in städtischen Räumen geplante EU-kritische Veranstaltung der SDAJ untersagt.

Die Mobilisierung zur Demonstration wird erschwert, indem die zuständigen



Behörden alles offenlassen. Außer Absprachen über die Route kam bei zwei Treffen der Polizei mit dem Bündnis gegen den EU-Gipfel nichts Verbindliches heraus. Zu mehr war die Essener Polizei anscheinend auch nicht befugt.

Das Bündnis prüft jetzt rechtliche Schritte, um Klarheit über mögliche Auflagen für die Demonstration zu erhalten. Auch parlamentarische Verbindungen sollen genutzt werden, um ihre Durchführung zu sichern. Immerhin ist der Trägerkreis inzwischen ziemlich breit, auch die PDS und der Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen gehören dazu. Und die Veranstaltungen des „Gegengipfels“ stehen: Ein ausführliches Programmheft kann bei der Zeche Carl angefordert werden, Tel. 0201/834416. — (wof)

Der Kommunale Arbeitgeberverband NRW, dessen Vorsitzender der Kölner Oberstadtdirektor Ruschmeyer ist, hatte Ende der vergangenen Woche die bezirklichen Zusatzverträge für die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Städten und Gemeinden und ihren Unternehmungen einseitig gekündigt, um überdrastische Einkommensabsenkungen eine Kostenreduzierung um etwa 30 % zu erreichen, und angekündigt, daß die Kommunen nach Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages ja z.B. auch Unternehmen aus Niedriglohnländern wie Portugal im öffentlichen Nahverkehr einsetzen könnten.

Für etwa 200000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte in den Kommunen NRW bedeutet dies Lohnneinbußen von 800 bis 1000 DM monatlich. In einem Flugblatt an die Beschäftigten verweist die ÖTV darauf, daß „der Kommunale Arbeitgeberverband NRW die Vorreiterrolle in der gesamten Arbeitgeberstrategie des öffentlichen Dienstes zur Verschlechterung vieler tariflicher Vorschriften“ eingenommen hat. „Gegen dieses Vorhaben wird sich die ÖTV mit aller Kraft zur Wehr setzen.“ Die Tarifkommission tagt am 26. November. — (jöd)

Gewerkschaft HBV kämpft gegen einen Drogeriemarkt-Despoten

Mannheim. Die Gewerkschaft HBV Mannheim/Heidelberg hat dem „Schlecker-System“ den Kampf angekündigt. Den letzten Anstoß gab eine Filialleiterin in Heidelberg, die statt der tariflichen 3400 DM brutto von Schlecker mit gerade 2500 DM abgespeist wurde, während eine einfache Verkäuferin in der höchsten Gehaltsstufe tariflich auch nicht viel, aber immerhin etwa 3000 DM bekommt. Sie ließ sich von der HBV die Differenz zum Tariflohn — der Einzelhandelstarifvertrag ist in Baden-Württemberg allgemeinverbindlich — durchrechnen und forderte den Fehlbeitrag ein. Er wurde zwar überwiesen, im Gegenzug erhielt sie jedoch die Kündigung wegen mangelnder Leistungen. Sie klagt dagegen.

Der Geschäftsführer der HBV Mannheim/Heidelberg möchte als ersten Schritt für die 72 Filialen im Raum Mannheim/Heidelberg/Südhessen Betriebsratswahlen durchsetzen. Schlecker hat auf drei Schreiben der HBV nicht reagiert. Die Gewerkschaft erstattete daher jetzt gegen die Drogeriekette Anzeige wegen Behinderung

VOKSBEGEHREN IN BAYERN**Verfassungsgerichtshof blockiert**

Nach der für die Initiatoren unerwarteten Nicht-Zulassung der Volksbegehren „Faire Volksentscheide im Land“ und „Bessere Schulen“ üben diese nun scharfe Kritik am Bayerischen Verfassungsgerichtshof, der ihrer Ansicht nach nicht unabhängig ist und (CSU)-parteilich entschied.

Mehr Demokratie in Bayern:
„Jetzt erst recht!“

Gestern ist das erste Volksbegehren „Faire Volksentscheide im Land“ der Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern“ vom bayerischen Verfassungsgerichtshof für unzulässig erklärt worden. Thomas Mayer, Vertrauensmann der Aktion: „Die Wut über das unbegreifliche Urteil ist groß. Wir haben viele Anrufe erhalten mit dem Tenor: „Jetzt erst recht!“ Das zweite Volksbegehren, mit dem der Bürgerentscheid in Gemeinden, Städten und Landkreisen eingeführt werden soll, findet weiterhin planmäßig statt. Das Innenministerium hatte nur „Faire Volksentscheide“ vor das Verfassungsgericht gebracht.

Die zweiwöchige Eintragungsfrist für „Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen“ wird voraussichtlich im Februar 1995 sein. Dann müssen sich ca. 900000 Stimmberechtigte in die Volksbegehrenlisten eintragen, damit es zum Volksentscheid kommt. Thomas Mayer: „Die Infrastruktur steht: 70 regionale Aktionskreise sowie über 50 unterstützende Verbände sind bereit, die Kampagne während der heißen Phase durchzuführen.“ Thomas Mayer: „Ich werde vorschlagen, einen überarbeiteten Gesetzentwurf „Faire Volksentscheide im Land“ wieder einzureichen.“ Für dieses Volksbegehren müssen noch einmal 20000 Unterschriften gesammelt werden.

**Mehr Demokratie in Bayern!**

Wenn Sie sich über zuwenig Mitbestimmungsrechte beklagen, dann können Sie das jetzt ändern. Melden zwei Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern“:

1. Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen.
2. Faire Volksentscheide im Land.

Weilen, daß Sie spätestens beim nächsten Polikandal an uns denken?

Mehr Demokratie in Bayern e.V.,
Fritz Berne Str. 1, 8000 München 60
tel. 089/821 17 74, fax 821 11 76

Rücksendecoupon:

Bitte senden Sie mir die Info-Broschüre und die Unterschriftenzeitung zur Beantagung der Volksbegehren. (Bitte DM 5,- in Briefmarken belegen)

Ich unterstütze die Aktion und lege einen Scheck mit DM _____ bei.

Absender nicht vergessen!

der Betriebsratswahl nach § 119 BetrVG. Einen Betriebsrat gibt es bislang lediglich bei Schlecker in Hamburg und in den beiden Zentrallagern in Ehingen bei Ulm und in Alzey.

Bei 45 Schlecker-Mitarbeiterinnen der Region Rhein-Neckar hat die HBV ausstehende Zahlungen von 160000 DM errechnet und eingefordert. Insgesamt beschwindle der schwäbische Drogeriezar seine Beschäftigten jährlich um rund 7 Millionen DM, hat die HBV hochgerechnet. — (frr)

Bundesparteitag der REP in Sindelfingen

Sindelfingen. Der Bundesparteitag der „Republikaner“ soll am 17. und 18. Dezember in der Sindelfinger Messehalle stattfinden. Deren Geschäftsführer Leopold bekommt nach Bekanntwerden des Deals und Protesten der Stadtverwaltung kalte Füße und gebraucht gegenüber der Presse Ausflüchte. Verlautbarte er zunächst, die REPs hätten nur eine Anfrage gestellt, so räumte er bald ein, es gäbe nur einen Vertrag für eine „regionale“ Veranstaltung, die GmbH sei hintergangen und der Mietvertrag deshalb nichtig — die Messehalle stünde

ihnen nicht zur Verfügung. Inzwischen klagt die Stadt Sindelfingen vor dem Landgericht Stuttgart gegen die Abhaltung des Parteitags. Das Urteil wird am 6.12. gesprochen. Widerspruch ist zu erwarten, worüber am 13.12. das OLG entscheiden wird.

Eine in Sindelfingen gebildete Initiative gegen die REP-Veranstaltung erklärt: „Die geplante Bundesversammlung der REP bedeutet eine Provokation nicht nur für die ausländischen Bürger, sondern für die große demokratische Mehrheit der Bevölkerung unserer Region. Wir können nicht stillschweigend zusehen, wenn eine ausländer- und demokratiefeindliche Partei unsere Stadt als Versammlungsort für ihr höchstes Gremium benutzt.“ Falls die Veranstaltung nicht verhindert werden kann, soll eine Demonstration zur Messehalle stattfinden.

Die Initiative fordert den Gemeinderat in einem Brief auf, gegen den REP-Parteitag öffentlich politisch tätig zu werden und finanzielle Mittel für die Proteste zur Verfügung zu stellen. Zur Bekräftigung dieser Forderungen werden Unterschriften gesammelt, die auf der nächsten Gemeinderatssitzung übergeben werden sollen. — (wor)

Alcatel SEL: Wie die Beschäftigung sichern?

Interview mit Helmut Schröder, IG-Metaller und Betriebsrat bei SEL Stuttgart

Verluste 1994, Trendwende 1995, Gewinn 1996" war die Überschrift eines persönlichen Briefs des Vorstands von Alcatel SEL an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir sprachen mit Helmut Schröder, IG-Metaller und Betriebsrat in der Stuttgarter SEL-Hauptverwaltung.

■ Der bewußte Brief endet mit dem Satz: „Bitte helfen Sie beim Umgestalten mit!“ Wie wurde das aufgenommen?

Das haben viele schon als eine Frechheit empfunden. Der Brief kam ja direkt, nachdem bekanntgeworden war, daß von den bundesweit 21000 Beschäftigten 5300 entlassen werden sollen. Ist das Umgestalten? Noch im September wurde in Mannheim ein Interessenausgleich mit Sozialplan abgeschlossen, der 450 Arbeitsplätze unbegrenzt garantiert. Jetzt soll das Werk ganz geschlossen werden. Daß dieses Jahr ein operativer Verlust rauskommen wird, war ja schon im Mai bekannt. Überraschend ist der Verlust also nicht eingetreten. Und im vergangenen Jahr wurden schließlich noch 160 Millionen Mark Jahresüberschüß erwirtschaftet.

■ Woher kommen die Verluste?

Das Hauptproblem besteht bei der Post mit dem System 12, den digitalen Vermittlungsstellen — das ist ja aus den Medien bekannt. Das führt zu Konventionalstrafen und fehlenden Anschlußaufträgen. Das System ist seit zehn Jahren auf dem Markt. In der Belegschaft wird vor allem kritisiert, daß in den Boomjahren die Neuentwicklungen verschlafen wurden. Damals stieg der Umsatz vor allem durch den Aufbau des Telefonnetzes in den neuen Bundesländern von 4 Mrd. auf 6 Mrd. Mark, und der gesamte Entwicklungsbereich wurde eingesetzt, um diese Aufträge zu erfüllen. Die Überschüsse — das sind Gewinn, Rückstellungen und Finanzanlagen — erreichten laut Geschäftsbericht die Rekordhöhe von 1,6 Mrd. DM (1991/92 kumuliert). Der Markt im Osten ist aber jetzt gesättigt, und im Westen wird derzeit nicht viel investiert. Auch im Bereich der neuen Kommunikationstechnik — Datenaufbahn — hat die Geschäftsführung nicht viel getan, um da reinzukommen.

■ Wieso sind im Entwicklungsbereich so viele Arbeitsplätze betroffen?

Das sind die strukturellen Veränderungen. Heutzutage ist bei der Umstellung alter auf neue Ämter die Hardware standardisiert, die Software muß aber jeweils neu programmiert werden. Bei der Herstellung der Programme gibt es nicht mehr die scharfe Trennung zwischen Entwicklung und Produktion. Außerdem braucht man immer weniger Hardware, die Geräte werden immer



kleiner und billiger, die Montage wird einfacher.

■ Wie wird der Personalabbau durchgeführt?

Viele, die so Mitte fünfzig sind, dachten: Bis 60 schaffen wir noch. Wenn die Abfindungen stimmen, würden einige jetzt schon gerne gehen. Die Personalabteilung versucht auch, Leute unter Druck zu setzen. Dem Betriebsrat wurde bekannt, daß Kündigungen sogar Leuten angedroht wurden, die in Alterssicherung sind.

■ Was ist das?

Nach dem Manteltarifvertrag der IG Metall sind Beschäftigte ab dem 53. Lebensjahr nur noch aus ganz wichtigem Grund kündbar. Auch jüngere bis hinab zu 48 Jahren werden gefragt, ob sie nicht gehen wollen.

■ Aber diese Maßnahmen reichen kaum für den geplanten Abbau?

Dann folgen die betriebsbedingten Kündigungen: 2300 sollen noch in diesem Jahr, 1995 nochmal 3000 ausgesprochen werden. Bei der Bürokommunikation in Weilimdorf wurden ca. 50 bis 60 Kündigungen ausgesprochen.

■ Was macht der Betriebsrat?

Er will die Anwendung des Beschäftigungssicherungstarifvertrages. Das wäre eine Regelung ähnlich wie bei VW, allerdings mit der Untergrenze von 30 Stunden pro Woche. Aber die Geschäftsführung ist strikt dagegen. Der Be-

triebsrat diskutiert darüber, die Kolleginnen und Kollegen durch eine Unterschriftenaktion zu befragen, ob dieser Tarifvertrag angewandt werden soll, um damit Druck auf die Geschäftsführung auszuüben.

■ Bringt das mehr als Zeitaufschub?

Damit kann mancher zumindest Zeit gewinnen, um einen neuen Job zu finden. Und man kann auch Know how im Betrieb halten, denn die guten Leute schauen sich jetzt um, die könnte man halten.

■ Wird die Lage übers Jahr besser?

Die Geschäftsführung sollte versuchen, neue Aufträge an Land zu ziehen und ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen. Bei einer Umfrage im Forschungszentrum haben von 300 Befragten über 50 Prozent geantwortet; und davon waren 88 Prozent für die Anwendung des Beschäftigungssicherungstarifvertrages (d.h. Arbeitszeitverkürzung bis auf 30 Stunden bei einem Teilausgleich), 48 Prozent waren für Versetzungen, 14,5 Prozent für Teilzeit (Arbeitszeit weniger als 30 Stunden). Bei den Befragten handelt es sich um hochdotierte Leute: Diplomingenieure etc.

■ Wie schätzt Du die Bemühungen der Politiker zur Rettung der Arbeitsplätze ein?

Von Wirtschaftsminister Spöri konnte man bisher nur Versprechungen hören, aber keine konkreten Sachen; die meisten Kollegen haben da nicht viele Hoffnungen.

■ Die „Stuttgarter Zeitung“ deutete an, die Franzosen würden ihre Arbeitslosigkeit nach Deutschland exportieren und die moderne Technologie nach Frankreich.

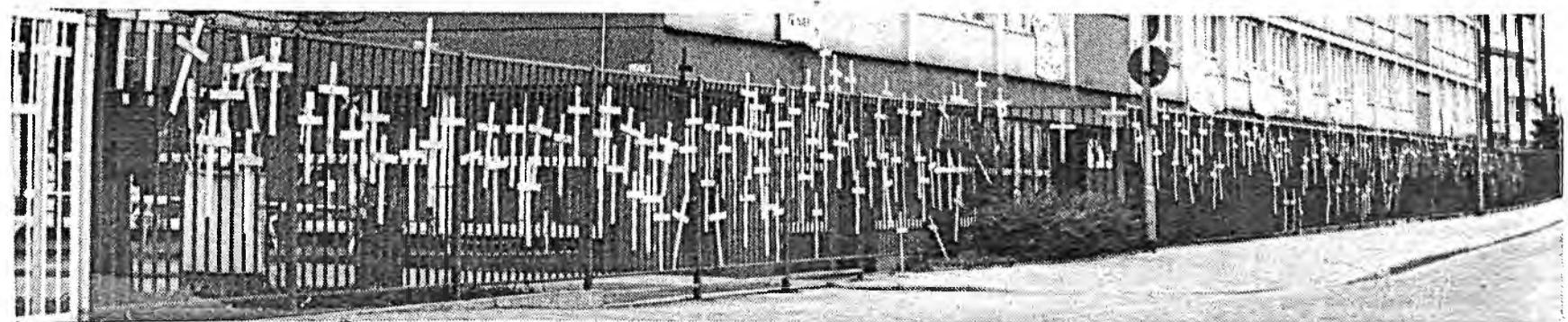
Diese Darstellung ist zu einfach. Zu der Katastrophe haben drei Sachen beigetragen: hausgemachte Probleme, die Beschaffungspolitik der Post bzw. des Staates, die gesamtwirtschaftliche Lage. Da kann man nicht nur sagen: Die Franzosen sind böse. Allerdings denken die schon auch zuerst an sich. In der NSG — Network System Group — ist keiner mehr vom deutschen Management drin; damit sinkt sein Einfluß.

Andererseits darf Suard nur mit Polizeigenehmigung ins Ausland, seine Büros wurden durchsucht wegen falscher Abrechnungen und Aufwendungen für sein Privathaus. Da gibt es Parallelen zum Fall Dr. Lohr, dem Vorgänger Zeidlers; der saß im Gefängnis wegen Unterschlagung von Firmengeldern.

Die Kollegen sind sauer, und die ganze Lage erhöht nicht gerade die Arbeitslust. Andererseits muß die neue Version von System 12 abgeliefert werden, es werden mit Hochdruck Überstunden gemacht, und es wird gesagt, davon hängt viel ab. Das ist schon eine paradoxe Situation. Viele meinen, das sei bewußt geplant, um Alcatel SEL auseinanderzunehmen, das dann bald nur noch ein Systemhandelshaus wäre. Das würde bedeuten, daß noch sehr viele Leute ihren Arbeitsplatz verlieren.

Die Fragen stellte Ulrike Küstler.

(aus: „Kommunale Berichte Stuttgart“)



Zentrales Landesschulamt bleibt umstritten

Der Berliner Senat will die Schulverwaltung zentralisieren / Widerstand bei GEW, PDS und SPD

Ich lade Sie heute schon ein, den Leiter des neuen Amtes am 2. Januar 1995 zu begrüßen" – so die Reaktion des Regierenden Bürgermeisters auf den Beschuß des SPD-Parteitages vom 15.11.; dieser hat sich mit 156 zu 94 Stimmen gegen die Einrichtung eines Landesschulamtes ausgesprochen. Während ein Teil der SPD-Mitglieder einen "Bruchpunkt" in der Großen Koalition von CDU und SPD erwarten, kommentieren die anderen zynisch: „Die Koalition ist ja nicht mal an Innensenator Heckelmann gescheitert...“

Schon einmal hat sich der Landesparteitag der Berliner SPD gegen die Einrichtung eines Landesschulamtes – ein Wunschkind der CDU – ausgesprochen. Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat jedoch die Meinung der Basis ignoriert und dem Gesetz auf den Instanzenweg verholfen. Nach Vorstellung des SPD-Parteitagsbeschlusses soll das Gesetzgebungsverfahren jetzt gestoppt und erst dann fortgesetzt werden, wenn der Landesschulbeirat, die Gewerkschaften und Verbände ihre Stellungnahmen abgegeben haben.

Fast alle Bezirke der Stadt, die Personalaute und Gewerkschaften lehnen das Landesschulamt ab. Diese Auseinandersetzung ist auch eine um die künftige Verwaltungsreform: Zentralisten (mit dem Argument der leeren Kassen) fordern die Straffung der Verwaltung, indem sie die Entscheidungsebene an sich ziehen; dagegen stehen die Bezirke, die einen Abbau der Doppelstrukturen mit Kompetenzverlagerung in die Bezirke befürworten.

Auch der PDS-Landesparteitag hat sich am 29./30.10. mit dem Landesschulamt befaßt. Hier der einstimmig

gefaßte Beschuß des Parteitages, aus Platzgründen ist er nur geringfügig gekürzt. – (har)

Die PDS lehnt die vom CDU/SPD-Senat seit Sommer 1994 in Angriff genommene Verwaltungsstrukturreform im Berliner Schulwesen ab.

Dies gilt prinzipiell auch für den unlängst im Senat verabschiedeten Beschuß zur Einrichtung eines Landesschulamtes und des dazugehörigen Mantelgesetzes. Damit gewinnt dieses Vorhaben strukturellen Modellcharakter für die Schaffung weiterer Zentralbehörden und stellt einen nicht hinzunehmenden Angriff auf zukünftige kommunale Strukturen eines möglichen Landes Berlin-Brandenburg dar. Die vom Senat gegebene Begründung, durch die Schulverwaltungsreform könnten Haushaltssmittel eingespart werden, ist unzutreffend und dient lediglich dazu, die eigentlichen Absichten zu verschleiern. Indem die Einzelschule unter die Einzelleitung des Schulleiters gestellt wird, der dazu mit entsprechenden Haushalts- und Dienstvorgesetztenrechten ausgestattet werden soll, werden die jetzt noch an den Schulen vorhandenen geringfügigen Mitsprache- und Mitwirkungsrechte der Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen aufgehoben. Durch die Schaffung einer Zentralbehörde in Gestalt des Landesschulamtes als ausführendes Organ des Schulseates soll der direkte Zugriff der Ministerialbehörde auf die Einzelschule gesichert werden.

Diese bildungspolitische Durchgriffs möglichkeit beinhaltet die volle Ent

scheidungsverfügung über jegliche Art von Schulversuchen oder deren Fortsetzung als Regelangebot in der Berliner Schule. Dies betrifft z.B. die gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderungen, die zweisprachige Alphabetisierung/Erziehung für Kinder nichtdeutscher Herkunft, die Entscheidung über 4- oder 6-jährige Grundschule, das Express-Abitur, den Schulversuch und seine Fortführung Ethik/Philosophie(Religion)u.a.

Eltern verlieren Einfluß auf die Schule, „unbotmäßige“ LehrerInnen können leichter gekündigt und diszipliniert werden, SchülerInneninteressen werden noch weniger eine Rolle spielen. Gleichzeitig können die Volksbildungsbürokratien der Bezirke aus allen bildungspolitischen Entscheidungen entkoppelt und zu Schulhausverwaltungen degradiert werden.

Damit werden die Reduzierung der Mitbestimmungsrechte der bezirklichen Personalvertretungen der LehrerInnen und ErzieherInnen, der Mitwirkungsrechte der Frauenvertretungen und der Menschen mit Behinderungen sowie die Einschränkung der bezirklichen Mitsprachegremien der Eltern, SchülerInnen und Schüler, LehrerInnen und Lehrer begründet.

Unter der Parole vom „schlanken Staat“ werden mit dieser Verwaltungsstrukturreform Deregulierungsmaßnahmen ergriffen, die begünstigen, daß sich das staatliche Bildungsangebot in ein warenförmig privatkapitalistisches umwandelt. Die Parole vom „schlanken Staat“ beinhaltet eine Verwaltungsreform unter dem Motto „Entbürokratisierung“, die undemokratisch und bürokratisch umgesetzt wird. Wir, die PDS,

streben dagegen eine Verwaltungsreform an, die demokratisch vollzogen wird: *Abbau von Doppelzuständigkeiten in den Hauptverwaltungen und Verlagerung der Verantwortung in die Bezirke...*

Ohne Zweifel befindet sich das Staatsschulsystem der BRD, bedingt durch die Entwicklung der Produktivkräfte und die gesellschaftlichen Individualisationsprozesse, in einer tiefen strukturellen Krise (...). Von daher stehen grundlegende Reformen des Schulwesens auf der Tagesordnung. Die PDS wird aber diese Reformvorschläge daran messen, inwieweit sie von Vorstellungen bestimmt sind, die auf direkte Demokratie und Selbstverwaltung zielen. Allerdings wird sie allen Vorhaben ein klares Nein erteilen und dafür den Widerstand der Betroffenen mobilisieren helfen, wo gesellschaftliche Kräfte versuchen, Schule, Bildung und Erziehung aus staatlicher Alimentierung zu entkoppeln.

Technokratische Reformen, die die kapitalistische Verwertungslogik erfüllen helfen und ein Schulwesen konservieren, wo sich mittels ständischer und rassistischer Strukturen klassen-, geschlechts- und herkunftsbedingte ungleiche Lernchancen verfestigen, werden von der PDS eine klare Absage erhalten. Die PDS Berlin hält dagegen die Aneignung von Bildung und sozialer Kompetenz entsprechend den Bedürfnissen der Betroffenen für eine wesentliche Voraussetzung, nicht nur für die ökonomische und ökologische Reproduktion der Gesellschaft, sondern gerade auch für eine fortschrittliche kulturelle und politische Entwicklung. (Hervorhebungen im Original)

Ohrfeige für den Senat

Wenn bisher jemand geglaubt hat, daß die Regierenden in Berlin nach Guttänen handeln können, so hat er sich gewaltig geirrt. Denn die am 22. Februar 1994 erfolgte Amtsenthebung und Entlassung des Bezirksstadtrates für Kultur und Bildung, Peter Winkel (PDS), durch den Berliner Senat wurden am 10. November 1994 vor der 7. Kammer des Berliner Verwaltungsgerichtes durch einen Vergleich aufgehoben und der Senat gewungen, seine willkürliche Entscheidung zurückzunehmen.

Was brachte den Senat dazu, im Februar 1994 Peter Winkel, einen der 22 in Berlin gewählten PDS-Stadträte, seines Amtes zu entheben und sich damit offen dem bekundeten Wählerwillen entgegenzustellen?

Den Grund für diese Maßnahme sah der Berliner Senat in einem kurzzeitigen, 28 Jahre zurückliegenden MfS-Kontakt Peter Winkels. Man glaubte, einen geeigneten Anlaß gefunden zu haben, um nicht nur gegen Winkel persönlich, sondern auch gegen die PDS insgesamt vorgehen zu können. Mit der üblichen Begründung, daß man es den Bürgern nicht zumuten könne, mit einem Stadtrat leben zu müssen, der mit dem MfS Kontakt gehabt habe, wurde amtlicherweise der Wählerwillen korrigiert. Winkel, die Berliner PDS und auch andere Kräfte, z.B. auch Elternvertreter in Berlin-Hellersdorf, protestierten gegen diese Senatswillkür. Es dauerte bis zum November 1994, ehe der Senat gewungen wurde, diese undemokrati-

sche Entscheidung aufzuheben.

Winkel, der mit einer Klage gegen diesen Verwaltungsakt vor Gericht ging, erklärte, daß er, da ihm keine Mängel in seiner fachlichen und politischen Arbeit nachzuweisen sind, seine Amtsenthebung und Entlassung nur im Zusammenhang mit der politischen Atmosphäre in diesem Staat in Verbindung sehen kann, die keine differenzierte Geschichtsbetrachtung, gleich gar nicht eine von Biographien, zuläßt. Wie recht er damit hatte, bewies auch das weitere Vorgehen der CDU-Fraktion in der BVV Berlin-Hellersdorf. Nach langwierigen Auseinandersetzungen hatte diese im Oktober 1994 erneut einen Abwahlantrag Winkels vor die BVV gebracht, um im Nachhinein der Entscheidung des Senats eine „demokratische“ Grundlage zu verschaffen. Doch siehe da: Dieses Ansinnen scheiterte, denn sowohl der Vertreter des Bündnis 90/Grüne, Pfistner, als auch die Fraktion der SPD, die sich der Abstimmung des CDU-Antrages verweigerte, lehnten es ab, sich gegen Winkel zu stellen. 17 Bezirksabgeordnete stimmten gegen den Antrag, 7 dafür (10 blieben der Abstimmung fern, 1 enthielt sich).

Die PDS Hellersdorf hatte von Beginn an entschieden gefordert, Winkel wieder einzusetzen, und unterstrichen, daß die Begründung des Senats keine Grundlage für die Entlassung Winkels sein kann. Winkels Rechtsanwalt ging einen Schritt weiter und erklärte, daß die Kompetenz des Regierenden Bürgermeisters mit der Entlassung eines

politischen Wahlbeamten maßlos überschritten worden ist. Und Verwaltungsrichter Weber machte dem Senatsvertreter in den Verhandlungen deutlich, daß, wenn der Vergleich durch den Senat nicht akzeptiert wird, die Kammer eindeutig für Winkel entscheiden werde. Der Regierende Bürgermeister habe nicht das Recht, über fachliche, charakterliche oder andere Fähigkeiten gewählter Personen zu entscheiden, dies sei eindeutig Sache der Bezirksverordneten.

Nun ist unbenommen, daß die gegen PDS-Stadtrat Winkel geführte Kampagne nicht die einzige in Berlin bleiben wird. Lag der Ausrutscher des Senats in Sachen Winkel noch vor den Bundestagswahlen, so deuten jüngste Ereignisse darauf hin, daß weitere Attacken auf unliebsame Stadträte geführt werden, vor allem wenn sie ein PDS-Mandat innehaben. So im Falle der Bezirksstadträtin für Bauwesen in Berlin-Pankow, Claudia Nier, die auf Antrag der SPD-Fraktion abgewählt werden soll. Begründung (diesmal nicht etwa wieder MfS-Kontakt!): Claudia Nier hatte erklärt, daß sie für ein Pankower Verkehrskonzept nicht zuständig sei. Sie hatte damit Versäumnisse des SPD-Kreisvorsitzenden, der als Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus dem Flächennutzungsplan zustimmte, obwohl 180000 Bürger der Stadt Einwände geltend gemacht hatten, aufgedeckt und sich so den Zorn dieser Partei zugezogen.

Im Hinblick auf die Berliner Wahlen

1995 sind das schon Anzeichen für Reaktionen, gerade in Pankow, wo die Wähler sich für eines der vier Direktmandate der PDS für den Bundestag entschieden hatten. – (abe)

PDS Brandenburg protestiert gegen Abschiebebeschlüsse

Potsdam. Der PDS-Landesvorstand Brandenburg hat gegen die Abschiebung von Asylbewerbern ... protestiert. Beruhigungsversuche der Bundesregierung, die Abschiebung betreffe lediglich kriminelle Täter, würden der geübten Praxis nicht standhalten. Die BRD sei als drittgrößter Waffenexporteur mitschuldig an den Flüchtlingsströmen. Die Bundesregierung sei jetzt sogar dazu entschlossen, „deutsche Soldaten unter dem UNO-Blauhelm in diesen Regionen der Vernichtungskraft deutscher Waffen auszusetzen“. Unterstrichen wird, daß sie in besonderer in der Verantwortung gegenüber jugoslawischen und kurdischen Flüchtlingen stehe, weil sie durch ihre Politik Mitschuld an der Eskalation von Krieg und Gewalt und terroristischen Verfolgung in beiden Staaten trägt. „Die PDS schließt sich den Protesten von Pro Asyl an und erklärt sich solidarisch mit Initiativen von Kirchengemeinden, die bedrohte Asylbewerber schützen wollen.“ (Presseerklärung vom 26.11.94)

Initiative zur Aufhebung des Rentenstrafrechts

Verband ISOR e. V. legt Vorschläge zur Änderung des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) vor

Korrespondenzen des Insiderkomitees

Berlin. Neben der im GNN-Verlag veröffentlichten Nr. 1 des „IK-KORR-Spezial“ zum „Insiderkomitee zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS“ (März 1994, siehe Bild) sind inzwischen zwei weitere „IK-KORR-Spezial“ zu Veranstaltungen im Rahmen der Alternative Enquete-Kommission, Berlin, die als Anhörung durchgeführt wurden, erschienen.

Insiderkomitee zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS

IK-KORR
S P E Z I A L

Mit der Nr. 2 wird das Thema: „Geheimdienste in Deutschland nach 1945“ vorgestellt. Wiedergegeben werden Vorträge der Podiumsteilnehmer der Anhörung wie „Deutschland als Feld geheimdienstlicher Interessen“, „Geheimdienste der Alliierten in Deutschland ab 1945“, „Über den Bundesnachrichtendienst“, „Die Sicherheitspolitik der SED und die Arbeit der Abwehrorgane des MfS“, „Zu den Abwehrdiensten der BRD“ und einem Anhang mit Grunddaten zum MfS, des BND, der Verfassungsschützämter, des MAD und des Polizeilichen Staatsschutzes der BRD. Der Broschüre beigefügt ist auch eine Übersicht über die Gründergenerationen der Geheimdienste der DDR und der BRD.

Über die Veranstaltung zum Thema „Duell im Dunkeln – Spionage und Gegenspionage im geteilten Deutschland“ vom 29.5.1994 im Berliner Ensemble ist eine vorerst letzte Broschüre mit gleichem Titel erschienen. Teilnehmer an diesem Podiumsgespräch waren u. a. Dr. Wolfgang Harich, Vorsitzender der Alternativen Enquete-Kommission, Prof. Nancy Wolfe, South Carolina, USA, Werner Großmann, letzter Leiter der HVA des MfS, Heribert Hellenbroich, ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Elmar Schmähling, ehemaliger Chef des MAD, und Markus Wolf, ehemaliger Leiter der HVA des MfS. Mit einleitenden Bemerkungen nahmen die Podiumsteilnehmer zu brisanten Fragen der Stellung der Geheimdienste im Staate, zu ihrer Rolle, möglicher parlamentarischer Kontrolle u. ä. Stellung. In der Diskussion wurden lebhaft und kontrovers Meinungen zu den Nachkriegsentwicklungen in Deutschland und zur Rolle der westdeutschen und des ostdeutschen Nachrichtendienste ausgetauscht.

Die Broschüren können gegen eine Schutzgebühr plus Versandkosten beim Insiderkomitee zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS e. V., Postfach 3, 13017 Berlin bestellt werden.

Auf einer außerordentlichen Vertreterversammlung der ISOR e. V. am 5. November 1994 in Berlin beschlossen die Delegierten der nunmehr schon über 20000 Mitglieder zählenden Organisation Lösungsvorschläge zur Beseitigung des Strafrechtscharakters im Rentenüberleitungsgesetz (RÜG).

ISOR e. V. ist ein in der Öffentlichkeit wirkender sozialpolitischer Verein ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR und ihrer Hinterbliebenen. Hauptsächlicher Zweck ist die Herstellung von Rentengerechtigkeit mit juristischen und politischen Mitteln. ISOR ist einer der größten sozialrechtlichen Vereine im Osten Deutschlands. Er wurde am 6. Juni 1991 gegründet.

In einer von der Vertreterversammlung beschlossenen Willenserklärung gingen die Delegierten von einem Memorandum der Bundesregierung vom 8. Juni 1956 an die Regierung der Sowjetunion in der Folge der Genfer Konferenz zur Deutschlandfrage 1955 aus, in dem versichert wird:

„Die Bundesregierung ist der Überzeugung, daß freie Wahlen in Deutschland, wie sie auch immer ausfallen mögen, nur den Sinn haben dürfen, das deutsche Volk zu einen und nicht zu entzweien. Die Errichtung eines neuen Regierungssystems darf daher in keinem Teile Deutschlands zu einer politischen Verfolgung der Anhänger des alten Systems führen. Aus diesem Grunde sollte nach Auffassung der Bundesregierung dafür Sorge getragen werden, daß nach der Wiedervereinigung Deutschlands niemand wegen seiner politischen Gesinnung oder nur weil er in Behörden oder politischen Organisationen eines Teils Deutschlands tätig geworden ist, verfolgt wird.“

ISOR e. V. erinnert auch an die Zusage von Helmut Kohl gegenüber Gorbatschow 1990, daß „keinerlei Diskriminierung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer politischen Führung zugelassen werden. Das Verhältnis zu den östlichen Bundesländern werde sich auf gar keinen Fall nach der Formel von Siegern und Besiegten gestalten.“ (Auszug aus einem Brief von Gorbatschow an Hans Modrow vom 18. August 1994)

Die Tatsachen sprechen leider eine andere Sprache. ISOR e. V. jedenfalls ist gesprächsbereit.

Betroffen von dem geltenden Rentenstrafrecht sind allein aus vier Versorgungssystemen der bewaffneten Organe der DDR nach Angaben der Bundesregierung 1,65 Millionen Menschen, die, sofern sie bereits Rente beziehen, derzeit eine Rente von maximal 802 DM erhalten. Daneben gibt es noch die Angehörigen von 27 Zusatzversorgungssystemen, denen ebenfalls die Rente gekürzt wurde, obwohl sie alle für ihre Altersversorgung jahrzehntelang zusätzliche Beiträge eingezahlt hatten.

— (Rudolf Nitsche)

Willenserklärung der a. o. Vertreterversammlung von ISOR e. V. am 5. 11. 1994

Vier Jahre nach der Einheit Deutschlands haben die gewählten Vertreter von mehr als 20000 Mitgliedern der In-

itiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR ISOR e. V. nach Beratung mit Mitgliedern in den territorialen Initiativgruppen folgende Willenserklärung beschlossen.

Der Einigungsvertrag hat mit der Systementscheidung festgelegt, Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen nach den allgemeinen Regeln der Sozialversicherung im Beitrittsgebiet in die Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland zu überführen und damit die Grundsatzentscheidung getroffen. Im Rahmen der Systementscheidung wurden Maßgaben zur Herstellung von Gleichheit im Rentenrecht vorgegeben, um Rentengerechtigkeit herzustellen. Der Bundesgesetzgeber ist davon grundsätzlich abgewichen und hält bisher, trotz gewisser Abschwächungen durch das RÜG-ErgG, daran fest. Er setzt nach wie vor die Angehörigen der Sonderversorgungssysteme sowie Angehörige bestimmter Sonderversorgungssysteme bzw. deren Hinterbliebene berufsspezifischen Bemessungsgrenzen aus, insoweit ihr tatsächliches Arbeitentgelt das 1,4fache bzw. das 0,7fache des Durchschnittsverdienstes überstieg. Die hiervon Betroffenen werden damit von der Teilhabe an der allgemeinen Bemessungsgrenze der Rentenversicherung ausgeschlossen.

Der Bundesgesetzgeber hat die Angehörigen der Sonderversorgungssysteme von der Entschädigung für erlittene Arbeitsunfälle, die sonst jedermann gewährt werden, ausgeschlossen.

Die Mitglieder von ISOR e. V. treten für die sachgerechte Herstellung von Gleichheit im Renten- und Unfallrecht ein. Sie sehen sich jedoch durch die Abweichung des Bundesgesetzgebers von den Maßgaben des Einigungsvertrages in ihren Grundrechten nach Artikel 3 und 14 Grundgesetz jeweils in Verbindung mit dem Rechts- und Sozialstaatsgebot verletzt. Zugleich sehen sich die Angehörigen der Sonderversorgungssysteme durch die rentenrechtliche Systementscheidung gegenüber den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland benachteiligt, die für gezahlte Beiträge oder für ihre Arbeitsleistung Ansprüche auf eine über die Rentenversicherung hinausgehende öffentlich-rechtliche Altersversorgung besitzen.

Die Mitglieder von ISOR e. V. stimmen mit der schon im Vorfeld der Bundestagswahlen von allen Parteien geäußerten Auffassung überein, daß strafrechtsähnliche Sanktionen dem Rentenrecht fremd sind und aus diesem Grunde entfernt werden müssen.

Getragen vom solidarischen Willen und Handeln haben bisher mehr als 4000 Mitglieder in mehr als 7000 Verfahren Rechtsmittel gegen die sie beschworenen Bescheide eingelegt, weil sie in Übereinstimmung mit namhaften Verfassungsrechtstreuern von der Verfassungswidrigkeit der diesen zugrundeliegenden gesetzlichen Bestimmungen überzeugt sind. Die gegenteilige Auffassung des Gutachters der Bundesregierung kann sie nicht überzeugen. Sie streben gleichwohl in erster Linie eine politische Revision der für verfehlt erachteten Regelungen an.

Der von den neuen Bundesländern und Berlin initiierte Beschuß des Bundesrates zur Novellierung des RÜG/RÜG-ErgG wird grundsätzlich begrüßt. Allerdings erwarten die Mitglieder von ISOR e. V., daß der Gesetzgeber seine

politische Verantwortung auch gegenüber den Ansprüchen und Anwartschaften der Angehörigen des Sonderversorgungssystems des Ministeriums für Staatssicherheit / Amtes für Nationale Sicherheit der DDR wahrt und einer Entscheidung nicht mit der Erklärung ausweicht, bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes untätig bleiben zu wollen.

Der neu gewählte Bundestag und die von ihm berufene Bundesregierung mögen sich aufgrund sachgerechter Analysen entschließen, ohne Verzögerung Rentengleichheit im Sinne der Maßgaben des Einigungsvertrages herzustellen. Nur so wird sich sozialer Frieden herstellen lassen, den die von den bisherigen Bestimmungen des RÜG/RÜG-ErgG Beschwerden ebenso wünschen, wie sie dem friedlichen Verlauf der Wende in der DDR und der Herstellung der Einheit Deutschlands gefolgt sind.

Sachverständige von ISOR e. V. haben das ihnen Mögliche zur Klärung sachgerechter Ausgangspunkte für Rentengleichheit beigetragen. Dazu wurden umfangreiche statistische Unterlagen über tatsächlich gezahlte Arbeitentgelte und über das Qualifikationsniveau der Angehörigen der Sonderversorgungssysteme im Vergleich mit anderen Berufszweigen (Bereichen) ausgewertet. Mehr als 1100 Entgeltentscheide wurden analysiert. Das Ergebnis der Analyse berechtigt zu folgenden Aussagen:

— Unter verständiger Beachtung des relativen Anteils der Hoch- und Fachschulabsolventen kann eine wesentliche Abweichung des durchschnittlich in den Bereichen des Ministeriums für Nationale Verteidigung, des Ministeriums des Innern sowie der Zollverwaltung der DDR während der Zugehörigkeit zu einem Sonderversorgungssystem erzielten Arbeitentgeltes von dem für vergleichbar zivile Arbeitstätigkeit erzielbaren Arbeitentgelt nicht festgestellt werden. Die festgestellten Unterschiede halten sich im Rahmen der auch bei den übrigen Berufszweigen auftretenden Unterschiede.

— Unter den gleichen Prämissen kann eine Abweichung der durchschnittlich im Bereich des Ministeriums für Staatssicherheit / Amt für Nationale Sicherheit der DDR erzielten Arbeitentgelte zugunsten der diesem Sonderversorgungssystem Angehörigen festgestellt werden, die eine Angleichung an allgemeine Einkommensverhältnisse unter Beachtung der Besonderheiten der Qualifikationsstruktur rechtfertigt.

Wir erwarten von Regierung und Gesetzgeber:

— eine umgehende rückwirkende Änderung des RÜG/RÜG-ErgG (Rentenüberleitungs-/ Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetzes, Anm. d. Red.) in Übereinstimmung mit den Maßgaben des Einigungsvertrages und unter Verzicht auf jegliche Eingriffe in Ansprüche und Anwartschaften allein wegen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Zusatz- oder Sonderversorgungssystem oder wegen der Ausübung einer bestimmten Funktion im staatlichen und gesellschaftlichen System der DDR, um die dadurch bedingten sozialen Ausgrenzungen konsequent zu überwinden.

— Die Anerkennung der Bemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung als einzige Begrenzung des der Be-

Fortsetzung nächste Seite oben

Fortsetzung Rentenstrafrecht ...
rechnung von Rentenleistungen zugrundeliegenden Arbeitsentgeltes, nachdem dieses gegebenenfalls dem in vergleichbaren Positionen allgemein erreichbaren Arbeitsentgelt angepaßt wurde.

In diesem Rahmen

- die Anerkennung des während der Zugehörigkeit zu den Sonderversorgungssystemen des Ministeriums für Nationale Verteidigung, des Ministeriums des Innern sowie der Zollverwaltung der DDR tatsächlich erzielten Arbeitsentgeltes als Bemessungsgrundlage für die Bestimmung von Ansprüchen und Anwartschaften in der Rentenversicherung sowie
 - die Anerkennung des während der Zugehörigkeit zum Sonderversorgungssystem des Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit der DDR erzielten, den allgemeinen Einkommensverhältnissen sachgerecht angeglichenen Arbeitsentgeltes als Bemessungsgrundlage für die Bestimmung von Ansprüchen und Anwartschaften in der Rentenversicherung.
 - Anhebung der Begrenzung des vorläufigen Zahlbetrags der Renten aus dem Sonderversorgungssystem des Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit der DDR auf den im Juli 1990 geltenden Zahlbetrag und dessen Dynamisierung mindestens vom 1. Januar 1995 an.
 - Dynamisierung des vorläufigen Zahlbetrages der Renten aus den Sonderversorgungssystemen der Bereiche des Ministeriums für Nationale Verteidigung, des Ministeriums des Innern und der Zollverwaltung der DDR mindestens vom 1. Januar 1995 an.
 - Die Wiederherstellung einer den Verhältnissen in der Unfallversicherung vergleichbaren angemessenen Entschädigung für durch Dienstbeschädigung oder einen Arbeitsunfall erlittene Körper- und Gesundheitsschäden.
- Wir erwarten ferner:
- Die Gleichstellung der Bestandschutzregelung für Neurentner der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme mit der für Neurentner der Sozialversicherung bis zum 31. Dezember 1996.
 - Die Dynamisierung der Zahlbeträge nicht überführter Leistungen (Invalidenrente wegen Erreichen besonderer Altersgrenzen, befristete erweiterte Versorgung und Vorrueststandsgeld nach den Grundsatzentscheidungen zu den Versorgungsverordnungen) in voller Höhe des Anpassungsfaktors der gesetzlichen Rentenversicherung unter Wegfall von Zahlbetragsbegrenzungen, mindestens vom 1. Januar 1995 an.
 - Die Erstattung der von den Rentnern der Sonderversorgungssysteme im Jahre 1991 geleisteten Beiträge zur Krankenversicherung zur Gleichstellung mit den Rentnern aus der Sozialversicherung.
 - Die Regelung der Beitragszahlung zur Krankenversicherung für Bezieher von nichtüberführten Leistungen analog dem Arbeitsförderungsrecht.
 - Die Einführung der Günstigkeitsregel im Falle des gleichzeitigen Bestehens von Ansprüchen und Anwartschaften aus der Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland und aus einem Zusatz- und Sonderversorgungssystem der DDR.

Wir erklären:

ISOR e. V. ist bereit, mit sachkundigen Vertretern an Konsultationen zur sachgerechten Änderung des RÜG/RÜG-ErgE teilzunehmen.

Die solidarische Unterstützung der Mitgliedschaft auf dem Rechtsweg wird fort dauern, bis eine den Maßgaben des Einigungsvertrages entsprechende gesetzliche Neuregelung verwirklicht sein wird.

Bildungspolitische Konferenz der IGM markiert weiteren Reformweg

Die IGM-Zeitschrift „Teaminfo“ zur Bildungspolitik der Gewerkschaft

In der vorletzten Ausgabe hatten wir über die Diskussion in der IG Metall über ihre Bildungspolitik berichtet. Hier ein Bericht der IG-Metall-Zeitschrift „Teaminfo“ über diese Diskussion.

„Wenn die Bildungsarbeit sich nicht erneuert, bringt sie sich um“, faßte Jürgen Röder, Verwaltungsstelle Reutlingen, für sich eine dreitägige Debatte im Bildungszentrum Sprockhövel zusammen. Dort tagten vom 22. bis 24. September 1994 260 Bildungssekretäre und ehrenamtliche Referenten. Das Papier der Grundsatzabteilung zur Bildungsarbeit wies das zuständige geschäftsführende Vorstandsmitglied, Siegfried Bleicher, scharf zurück. Es überschattete zwar die Diskussion der Bildungskonferenz, beeinträchtigte aber nicht deren Arbeitsfähigkeit. In Sprockhövel wurden neue Markierungen für den weiteren Reformweg sichtbar.

„Mit einer derart destruktiven Reaktion aus den eigenen Reihen habe ich nicht gerechnet.“ Mit diesen Worten eröffnete Siegfried Bleicher sein Referat zu Beginn der Bildungskonferenz. Er setzte sich damit hart mit einem Papier der Grundsatzabteilung auseinander, das sich mit der Bildungsarbeit der IG Metall beschäftigte. Bleicher: „Das Papier erfüllt in keiner Weise den Anspruch einer kritischen Analyse der Bildungsarbeit.“ Mit billigem Antikommunismus in übelster McCarthy-Machart polemisierte der Autor im sogenannten historischen Teil gegen verdiente Persönlichkeiten der IG-Metall-Geschichte. Die Vorgehensweise spießt den Arbeitgebern in die Hände. Sie richtete sich im Kern gegen einen eigenständigen Bildungsbereich. Rückblickend bewertete Bleicher die letzten Jahre: Die stark zentralistische Grundstruktur der Bildungsarbeit habe sich in den 70er und 80er Jahren regional, inhaltlich und methodisch stark differenziert.

Allerdings habe sich die IG Metall – und damit auch die Bildungsarbeit – um „die damals bereits erkennbaren gesellschaftlichen Differenzierungsprozesse zu wenig gekümmert“. Für die Zukunft stellte das IG-Metall-Vorstandsmitglied fest: „Die Bildungsarbeit wird unter meiner Verantwortung weiterhin in einer konfliktorientierten Gewerkschaftspolitik verankert bleiben. Der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit bleibt zentraler Bezugspunkt unserer Bildungsarbeit.“ Bleicher setzte sich dafür ein, das Teamprinzip zu erhalten.

Als Konsens der bisherigen Debatte stellte er aus Sicht der Bezirke fest, „daß die zentralen Bildungsstätten ihre Aufgaben zu erweitern haben“. Sie sollten eine stärkere Verantwortung für die regionale Bildungsarbeit tragen. Bleicher sah weiteren Veränderungsbedarf:

- * Die alten Leitfäden mit einem starken Verlaufsplan genügen den neuen Ansprüchen nicht mehr.
 - * Wir brauchen mehr Transparenz und eine attraktivere Bildungswerbung.
 - * Wir müssen mit den Seminarzeiten flexibler umgehen, wir brauchen ein-, zwei- oder dreitägige Veranstaltungen.
 - * Wir brauchen eine engere Verzahnung von zentraler und regionaler Bildungsarbeit.
- Abschließend nannte Bleicher sechs

Eckpunkte: „Wir werden

- * die Grundlagenbildung sichern und weiterentwickeln;
- * Bildungsarbeit und Betriebspolitik stärker miteinander verbinden;
- * regionale und zentrale Bildungsarbeit stärker verzähnen;
- * unsere Bildungsverwaltung modernisieren;
- * die Bildungsarbeit im Osten und die Jugendbildungarbeit stärken.“

„Der Fisch stinkt vom Kopf her“

Hartmut Tölle-Tacke von der Bezirksleitung Hannover verlangte, die von Bleicher beschriebenen Positionen „schnell im Vorstand zu diskutieren und zu beschließen“. „Wir sind alle das Produkt der Bildungsarbeit“, bemerkte Klaus Ernst von der Verwaltungsstelle Stuttgart. Kritisch ergänzte er, die Bildungsabteilung habe mehr in Frage gestellt als notwendig. Er und andere Debattenredner setzten sich scharf mit dem Papier der Grundsatzabteilung auseinander. Oder Kerstin Rölke, Verwaltungsstelle Flensburg: Der Fisch stinkt vom Kopf her. Josef Bechtel, Bezirksleitung Stuttgart: Der Schaden sei nicht aus der Welt zu schaffen. Dies dürfen nicht folgenlos bleiben.

Trotz dieser Kritik an der Grundsatzabteilung vernachlässigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz die eigenen „Hausaufgaben“ nicht. Bernhard Jansen, Verwaltungsstelle Hamburg, bemerkte, in Fragen der Lerntheorie seien andere Bildungsträger weiter. Inge Lies, Verwaltungsstelle Bremen, verlangte nach Unterstützung bei der Entwicklung neuer Seminarkonzepte. Reinhard Schwitzer, Verwaltungsstelle Hannover, beanstandete, daß es kein klares Verhältnis zwischen Verwaltungsstelle, Abteilung Bildung und den Schulen gäbe.

Selbstkritisch erklärte Hermann von Schuckmann, Verwaltungsstelle Ludwigsfelde: Man dürfe vom Schulter-schluß nicht zum selbstgefälligen Schulterklopfen geraten. Dann wäre die Wirkung auch nach innen fatal. Er stellte ein sehr geringes Interesse für F-I-, F-II- und F-III-Seminare fest. Erfahrene Betriebsräte bekämen spezielle Fragen – zum Beispiel für die Arbeit im Wirtschaftsausschuß – nicht mehr beantwortet. Niath Öztürk, Verwaltungsstelle Düsseldorf, forderte, mehr flexible, kurze Seminare anzubieten. Die Stufenfolge dürfe kein Dogma sein. Es sei „nicht intelligent, alles vom Interessengegensatz abzuleiten“ – Rassismus, Verletzung von Menschenrechten usw. Walter Weller von der Bildungsabteilung beanstandete, daß die „subjektive Seite jahrelang eine untergeordnete Rolle“ gespielt habe.

Nach den fünf Teilplenen wurden folgende Markierungen für den weiteren Reformweg sichtbar:

- * Das Teamprinzip hat sich bewährt und muß weiterhin ein zentraler Bestandteil unserer pädagogischen Konzeption sein.
- * Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden als SpezialistInnen ihrer Praxis anerkannt und sind bei der Seminargestaltung zu beteiligen.
- * Es müssen Rahmenkonzepte mit Varianten entwickelt werden, die die

Referentinnen und Referenten je nach Seminarverlauf verwenden können.

- * Die Seminarstufenfolge wird beibehalten. Sie kann flexibel und pragmatisch gehandhabt werden.
- * Die Analyse und Darstellung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit ist und bleibt Bezugspunkt unserer Bildungsarbeit. Aus diesem Interessengegensatz lassen sich nicht alle für unsere gewerkschaftliche Arbeit bedeutsamen Probleme direkt und unmittelbar ableiten.
- * Alle Fachseminare müssen ihren Gegenstand politisch reflektieren, und alle Grundseminare enthalten immer auch fachliche Bestandteile.
- * Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist Persönlichkeitsbildung.
- * Die Bildungsstätten benötigen ein erweitertes Profil: Die pädagogischen MitarbeiterInnen sollten regionale Prozesse unterstützen und neue Themen aufnehmen.
- * Die Zusammenarbeit zwischen regionaler und zentraler Bildungsarbeit steht und fällt mit der Öffnung der Bildungsstätten.
- * Das Jugenderholungs- und Bildungsheim Schiersee muß erhalten und ausgebaut werden.
- * Gebraucht wird eine neue Kooperationsstruktur zwischen Verwaltungsstellen, Bildungsregionen, Bezirken, Bildungsstätten und Abteilung.
- * Alle Reformbemühungen im Bereich der Bildungsorganisation sollten vom Grundsatz getragen sein, die Abläufe weitgehend zu vereinfachen, zu verkürzen und transparent zu machen.
- * Ein zentrales Bildungswerk wird weder politisch gewollt, noch wird es unter finanziellen Gesichtspunkten als sinnvoll und machbar erachtet.

In der Abschlußdiskussion sprach Reinhard Schwitzer davon, Bildungsarbeit ist „Stück des eigenen Lebens“ – trotz einiger Unzulänglichkeit sei dabei was rausgekommen. Klaus Ernst bemängelte, daß die Arbeit der Bildungsabteilung nur schwach beleuchtet worden sei. Horst Mathes, Bildungsstätte Bad Orb, appellierte, die Geschichte der Bildungsarbeit nicht zu mystifizieren und Verletzungen zu vermeiden.

Jürgen Röder, Verwaltungsstelle Reutlingen: „Trotz aller Querschüsse hat die Konferenz gute Ergebnisse gebracht.“ Für die Bildungsarbeit sei die Zeit der Harmonie vorbei, sie müsse kämpfen. „Wenn sie sich nicht erneuert, bringt sie sich um.“

Siegfried Bleicher sah die von ihm einleitend skizzierten Eckpunkte durch die Konferenz bestätigt. Sie seien das Gerüst, auf dem wir aufbauen in Richtung des nächsten Gewerkschaftstages.

„Der Gewerkschaftstag ist das höchste beschlußfassende Organ der IG Metall. Wir brauchen auf dem nächsten Gewerkschaftstag wieder eine bildungspolitische Entschließung, um klare Leitlinien für unsere zukünftige gemeinsame Arbeit im Bildungsbereich zu erhalten.“

Klaus-Peter Wolf, Redaktion „Teaminfo“ (Hrsg. IGM-Vorstand, Abt. Bildungswesen/Bildungspolitik für Teamerinnen und Teamer der IGM-Jugendarbeit, Nr. 4/94)

res.

Kurdistan: Gegen Waffenexporte und Völkermord — für eine demokratische Lösung!

PDS-Bundestagsgruppe und -Abgeordnetenhausfraktion Berlin laden zu einer Konferenz ein

In der ersten Februarhälfte des kommenden Jahres, vor dem nächsten Newroz, soll im Berliner Reichstag eine deutsch-kurdische „Kurdistan-Konferenz“ stattfinden, auf der Vertreter des PDS-Vorstands, der PDS-Bundestagsgruppe und der PDS-Landtagsfraktionen gemeinsam mit möglichst vielen weiteren deutschen, in der Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf tätigen Gruppen und Personen, vor allem aber mit Repräsentanten der Kurdinnen und Kurden, über die Verbesserung des gemeinsamen Widerstands gegen die Kurdistankonflikte der Bundesregierung und die Kurdenverfolgung in diesem Land und über mögliche Beiträge zu einer politischen Lösung des Konflikts beraten wollen. Wir dokumentieren eine erste öffentliche Einladung, die eine Vorbereitungsguppe für die Konferenz erarbeitet hat. — (rül)

„Die PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus (vertreten durch Marion Seelig), die PDS-Bundestagsgruppe (vertreten durch Ulla Jelpke) und der PDS-Parteivorstand laden (als vorläufige Träger) ein zu einer

KONFERENZ

„Kurdistan: Gegen Waffenexporte und Völkermord — für eine demokratische Lösung! Die Bundesregierung muß den NATO-Partner Türkei endlich zu einer politischen Lösung zwingen und die Kurdenverfolgung hier beenden!“

Diese Konferenz soll in der ersten Hälfte Februar 1995 in Berlin stattfinden, möglichst im Berliner Reichstag.

Sie soll im Zusammenwirken zumindest von PDS und kurdischen Organisationen stattfinden, gerne mit einem breiteren Träger bzw. Veranstalter- oder Mitwirker-Kreis, um den Dialog, die Zusammenarbeit zwischen diesen Organisationen und den gemeinsamen Widerstand gegen die Politik der amtierenden Bundesregierung zu entwickeln. Die gemeinsame Beratung und Beschlusffassung unter Mitwirkung von möglichst vielen Sachverständigen soll dazu führen, den Druck auf die in unseren Augen zutiefst inhumane Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung zum kurdischen Konflikt zu verstärken, um zu einer politischen Lösung auf der Basis der Achtung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes beizutragen.

Dieses Anliegen bedarf der Mitwirkung vieler demokratischer, fortschrittlicher Kräfte in diesem Land. Die Initiatoren freuen sich deshalb über jede Mitwirkung durch andere Organisationen, Parteien, Gewerkschaften, Solidaritätsgruppen usw. und laden diese hiermit auch herzlich zur Mitwirkung und Mitgestaltung ein. Direkt angesprochen werden sollen:

- a) auf der kurdischen Seite:
 - Kurdistan-Informationsbüro Köln, Kurdistan-Informationsbüro Berlin
 - YEK-KOM (Verband kurdischer Vereine in der BRD)
 - KOMKAR
 - KON-KURD (Verband kurdischer Vereine in Europa)
 - DEP (Demokratie-Partei) — Büro Brüssel
 - Kurdische Frauenverbände, kurdische Intellektuellenverbände und kurdische Jugendverbände in der BRD

— die örtlichen kurdischen Vereine in der Bundesrepublik

- Kurdisches Institut in Paris
- Kurdistan-Human-Rights-Group London
- evtl. die Europa-Redaktion von Özgür Ülke, die kurdische Nachrichtenagentur Kurd-A u.a.

auf deutscher bzw. europäischer Seite:

- PDS-Bundestagsgruppe und PDS-Landtagsfraktionen, PDS-Parteivorstand
- Bündnis 90/Grüne (Bundestags- und Landtagsfraktionen bzw. Abgeordnete und Vertreter/ innen der Partei)
- SPD (wie oben)
- Gewerkschaften
- medico international
- die Kurdistan-Solidaritätsgruppen bzw. deutsch-kurdischen Freundschaftsvereine
- die Strafverteidiger der kurdischen Vereine und der kurdischen Gefangenen in der Bundesrepublik
- Kritische Polizisten, Flüchtlingsräte und Flüchtlingsgruppen, Ausländerbeiräte, Mitglieder von gewerkschaftlichen Ausländerausschüssen, andere humanitäre und mit Menschenrechtsfragen befaßte Organisationen wie ai, Humanistische Union usw.

- Abgeordnete oder andere mit kurdischen Anliegen befaßte und vertraute Personen aus dem europäischen Ausland (Großbritannien, Schweiz, Frankreich, Italien usw.)

Wir stellen uns den Ablauf der Konferenz derzeit so vor, daß nach einem *Einangsplenum* in mehreren parallelen *Arbeitsgruppen* verschiedene Themen im breiten Dialog zwischen deutschen und kurdischen Repräsentanten über gemeinsame Anliegen, insbesondere über gemeinsame Aktivitäten (zur Aufhebung der Verbote kurdischer Vereinigungen und Institutionen, zur Beendigung der Waffenexporte, zur Verhinderung neuerlicher Polizeiübergriffe auf kurdische Newroz-Feste in der Bundesrepublik usw.) beraten werden, die dann in einem *Abschlußplenum* abschließend von allen Teilnehmern der Konferenz gebilligt werden sollten.

Aus unserer Sicht sind folgende Arbeitsgruppen sinnvoll:

a) Was kann geschehen, um die deutschen Waffenexporte und anderen Hilfen an das türkische Regime endlich zu stoppen?

b) Wie können die Verbote der Bundesregierung gegen kurdische Vereine und Organisationen rückgängig gemacht werden, wie kann die Kurdenverfolgung gestoppt werden, und was können wir tun, um die legitimen Anliegen der kurdischen Vereine in der BRD besser zu unterstützen?

c) Abschiebungen: Was erwartet aus der Bundesrepublik abgeschobene Kurden und Kurden in der Türkei, und welche Anstrengungen sind hierzulande erforderlich, um diese menschenrechtswidrigen Abschiebungen zu unterbinden?

d) Kurdische politische Gefangene in der BRD: Kurdische Menschenrechtsvereine schätzen die Zahl der hier wegen „politischen Straftaten“ inhaftierten kurdischen Gefangenen auf deutlich über 250 Personen. Viele sind — zusätzlich zu den sowieso bestehenden sprachlichen Problemen, Sorgen wg. drohen-

der Abschiebung usw. auch noch in Isolationshaft gesperrt. Was kann getan werden, um die Situation dieser Gefangenen zu verbessern und den oft menschenrechtswidrigen Praktiken der Strafverfolgungsbehörden entgegenzutreten? (Patenschaften mit Gefangenen usw.)

e) Menschenrechte in der Türkei, kurdische Befreiung und Demokratie in der Türkei. Was können wir von hier aus tun, um die legale politische Opposition insbesondere in den kurdischen Gebieten gegen den Terror des Regimes zu unterstützen?

f) Selbsthilfeprojekte von kurdischen Menschenrechtsgruppen, Frauen- und Flüchtlingsorganisationen: Wie können wir diese von hier aus unterstützen?

Zum Gelingen dieser Arbeitsgruppen müßte jeweils von deutscher und kurdischer Seite durch sachkundige Personen beigetragen werden.

Wir würden es begrüßen, wenn die Konferenz als eine Art *permanente Konferenz* eingerichtet werden kann, die z.B. einmal jährlich wieder zusammentritt und die bis dahin erreichten Ergebnisse überprüft, neue Aufgaben festgelegt usw. Auf jeden Fall sollten die Ergebnisse der Konferenz in die Arbeit der Bundestagsgruppe und der Landtagsfraktionen der PDS einfließen und den in der Bundesrepublik lebenden Kurdinnen und Kurden dabei helfen, ihre Anliegen, Beschwerden über staatliche Übergriffe usw. auch vor deutschen Parlamenten vorbringen zu können.

Um anderen interessierten Gruppen und Organisationen von vornherein die Möglichkeit zum Mitmachen zu eröffnen und insbesondere die kurdischen Organisationen von Anfang an einzubeziehen, wird das Büro von Marion Seelig vorläufig als eine Art *Konferenzbüro* fungieren. Zugleich sollen die weiteren Vorbereitungstreffen für diese Konferenz öffentlich sein. Anregungen, Wünsche, Kritiken sollen also bitte an dieses Büro gerichtet werden:

Kurdistan-Konferenzbüro
c/o Marion Seelig (MdA)
Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchner Str. 5
10111 Berlin
Tel. (030) 23252547
Fax: (030) 23252525/33

Die Vorbereitungsguppe trifft sich

Anzeige

Ergebnisse und Materialien

2/94

14. Delegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
Herbstkonferenz,
23. bis 24. Oktober 1994

32 Seiten A-4, Preis: 4,50 DM

Bestellungen bitte an: GNN-Verlag,
Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

dort wieder am Mittwoch, den 7. Dezember, um 19.00 Uhr. Interessierte und Gäste sind herzlich eingeladen, dort entweder selbst mitzuberaten oder bis dahin schriftlich, per Fax oder auf anderem Wege ihre Anregungen, Kritiken usw. vorzubringen.

Auf dieser Sitzung sollte dann auch der nähere Ablauf der Konferenz beraten und festgelegt werden — insbesondere in Absprache mit den kurdischen Organisationen — um dann die (deutschen und kurdischen) Sachverständigen rechtzeitig einladen zu können.“

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmaille 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayrischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50674 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribune Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532.

Der Zauber mit den Zahlen

Jürgen Korell über die Kriminalstatistik und ihre Bedeutung

Jahr für Jahr stellen PolitikerInnen und PolizeipräsidentInnen der Öffentlichkeit die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) als Erfolgs- und Arbeitsbilanz im „Kampf gegen die Kriminalität“ vor. Die Interpretation erfolgt je nach politischer Couleur, stimmt aber stets mit den politischen Zielen überein. Dadurch findet keine Differenzierung der PKS statt. Vielmehr wird sie als Argumentationshilfe trotz aller Fehlerquellen herangezogen.

Die faktische Abschaffung des Asylrechts, die Verschärfung des Ausländergesetzes, das Verbrennungsbekämpfungsgesetz, die angebliche Notwendigkeit des großen Lauschantriffs, die Vorfeldaufklärung, weitreichendere Befugnisse der Polizei usw. wurden mit steigender Kriminalität anhand der PKS begründet.

Selbst der Sachbearbeiter der Polizei benötigt die PKS für sein berufliches Fortkommen, denn polizeilicher Erfolg wird in erster Linie an der Aufklärungsquote gemessen. Ein strebsamer Ermittler wird stets bemüht sein, möglichst viele Fälle zu klären. Besonders leicht wird ihm die statistische Manipulation im Bereich der sogenannten Massenkriminalität gemacht. Wird beispielsweise ein PKW-Aufbrecher auf frischer Tat festgenommen und gibt anschließend eine Anzahl von Taten zu, muß das noch lange nicht befriedigend sein. Um das zu ändern, wird sein Konto mit weiteren PKW-Aufbrüchen der letzten Zeit belastet und mit dem gleichen modus operandi begründet. Obwohl die Erfahrung zeigt, daß selbst in einer Nacht diverse Täter und Tätergruppen unterwegs sein können. Die zugeschüterten Fälle werden zwar nicht zur Anklage kommen, fließen aber als geklärte Fälle in die PKS ein und schönen auf die Art und Weise die Aufklärungsquote.

Unterstützt wird der Sachbearbeiter durch seinen Vorgesetzten, denn der kann sich ebenfalls im Erfolg sonnen. Mit guten Leistungen und steigenden Fallzahlen wird der Dienststellenleiter Personalbedarf begründen, was wiederum dessen Beförderungschancen erhöht. Letztendlich richtet sich die Bezahlungsgruppe nämlich auch nach der Anzahl der Mitarbeiter.

So entsteht der Ruf nach mehr Polizei, dem sich die Gewerkschaft ebenso wenig widersetzt, weil jede zusätzliche Planstelle deren Mitgliederzuwachs garantiert.

Ähnliche Manipulationsmöglichkeiten bietet die Differenzierung der Delikte. Erscheint es opportun, kann eine gefährliche Körperverletzung als versuchtes Tötungsdelikt eingestuft werden, während ein versuchtes Tötungsdelikt ohne Aufklärungsaussichten zur gefährlichen Körperverletzung abqualifiziert werden kann. Für die Erfassung in der PKS ist die spätere Auffassung der Staatsanwaltschaft oder die gerichtliche Verurteilung nicht relevant.

Im Bulletin der Bundesregierung vom 30. Mai 1994 liest sich die Bedeutung der PKS sinnvollen. Demnach dient sie „der Beobachtung der Kriminalität und einzelner Deliktsarten, des Umfangs und der Zusammensetzung des Tatverdächtigenkreises sowie der Veränderung von Kriminalitätsquotienten, (und der) Erlangung von Erkenntnissen für vorbeugende und verfolgende Verbrennungsbekämpfung, organisatorische Planungen und Entscheidungen sowie kriminologisch-soziologische Forschungen und kriminalpolitische Maßnahmen“. Doch schon bei den kriminalpolitischen Maßnahmen ist erkennbar,

dass in erster Linie der repressive Bereich ausgebaut wird, weil eine sinnvolle Prävention finanzielle Aufwendungen erfordert, die man nicht bereit ist, zu investieren.

In der PKS werden polizeiliche Vorfälle erfaßt, die der Polizei aufgrund bekanntgewordener Straftaten entstanden sind, und Ermittlungssachen der Staatsanwaltschaften oder anderer Behörden, durch die die Polizei erstmals von einer Straftat Kenntnis erlangt hat. Allerdings werden in der PKS u.a. weder Verkehrs- noch Staatschutzdelikte aufgeführt.

Die Erfassung der Tatverdächtigen unterliegt in erster Linie der polizeilichen Schwerpunktsetzung und dem Anzeigeverhalten. Denn die Tatverdächtigenzahlen sagen nichts über den Ausgang eines Strafverfahrens aus. So ergibt sich bei einem Vergleich zwischen deutschen und ausländischen Tatverdächtigen einerseits sowie der Verurteiltenstatistik andererseits eine geringere Ausländerrate als in der PKS. Dies spricht für eine verstärkte Kontrolle von AusländerInnen durch die Polizei, wodurch dann eine Selektierung als Tatverdächtige stattfinden würde. Berücksichtigt man dabei, daß mehr als 90 Prozent der Fälle durch Anzeigen von Geschädigten und Zeugen bekannt werden und ähnliches bei den Tatverdächtigen gilt, ist davon auszugehen, daß AusländerInnen eher angezeigt werden als Deutsche.

Damit wird deutlich, daß die Tatverdächtigenzahlen überhaupt nichts über die Bedrohung der Bevölkerung aussagen. 100 Tatverdächtige können freigesprochen werden, können genauso 100 Mörder sein wie 100 Schwarzfahrer. Die Unterscheidung zwischen nichtdeutschen und deutschen Tatverdächtigen muß zwangsläufig zu Irritationen führen, weil der Begriff des Ausländers überhaupt nicht klar definiert ist. Touristen fallen ebenso darunter wie hier lebende, geborene und aufgewachsene AusländerInnen. Gerade bei den hier geborenen und aufgewachsenen AusländerInnen verdeutlicht die Statistik in keiner Weise, daß sie als faktische InländerInnen aufgrund hiesiger Verhältnisse kriminell wurden. Unberücksichtigt bleibt weiterhin, daß 80 Prozent der Tatverdächtigen männlich sind und daß bei der nichtdeutschen Bevölkerung der Anteil der Männer höher ist. Aber auch restriktive Gesetze wie das Asyl- und

das Ausländergesetz tragen zu einer vermehrten Registrierung ausländischer Tatverdächtiger bei. Gesetze, gegen die deutsche überhaupt nicht verstehen können. Solche Verstöße haben lediglich einen administrativen Charakter und stellen keine kriminelle Bedrohung der Bevölkerung dar. Eine rigide Handhabung dieser Gesetze erzeugt einen Kriminalitätsanstieg, der durch ein intensiveres Kontrollverhalten nochmals erhöht werden kann und Einfluß auf die Zahl der Tatverdächtigen hat. Die schärfere Gangart im Asylbereich führte zur Erhöhung der Zahl der Illegalen, was wiederum einen entsprechenden Einfluß auf die Statistik nichtdeutscher Tatverdächtiger hat. Es kann also der Schluß gezogen werden, daß eine schärfere Gesetzgebung Kriminalität erzeugt, die durch weitere Gesetzesverschärfungen verhindert werden soll.

Während 1993 sich das Bundeskriminalamt nicht scheute, vorab Zahlen angeblich steigender „Ausländerkriminalität“ zu veröffentlichen, um die ausländerfeindliche Politik zu bekräftigen, war sich Bundesinnenminister Kanther in diesem Jahr nicht zu schade, was er allerdings dementiert, eine Vorabveröffentlichung zurückzuhalten, weil die Kriminalitätsrate des ersten Halbjahrs um 3,5 Prozent rückläufig war. Eine Tatsache, die in der heißen Phase des Wahlkampfes nicht in die aktuelle Politik paßte, sagten doch die Zahlen der vergangenen Jahre etwas anderes aus. Die nackten Zahlen der PKS ermöglichen der Bundesregierung, anhand angeblich steigender Kriminalität ein Bedrohungsszenario der Bevölkerung heraufzubeschwören. Demnach wurden 1993 im Vergleich zum Vorjahr 140000 Fälle mehr registriert. Verschwiegen wurde dabei jedoch, daß es sich in 90 Prozent der Fälle um Bagatelldelikte wie Schwarzfahren oder Ladendiebstahl unter 100 DM handelte. Bleiben die Bagatelldelikte unberücksichtigt, gab es angesichts des Bevölkerungszuwachses bereits 1993 einen Rückgang um 0,9 Prozent. Damit wird deutlich, wie beliebig interpretierbar die PKS ist, und es bestätigt den Soziologiewissenschaftler, der aussagte: „Statistiken sind systematisches Wegschmeißen von Informationen.“

Steigende Kriminalitätszahlen sagen nichts über die tatsächlich vorhandene Kriminalität aus. Die PKS vernachläs-

sigt nämlich das umfangreiche Dunkelfeld. Es ist davon auszugehen, daß das Dunkelfeld gering ist, wenn es sich um sogenannte Versicherungsfälle handelt wie z.B. beim Kraftfahrzeugdiebstahl oder den Wohnungseinbrüchen. Anders dagegen sieht es bei den Wirtschafts-, Umwelt- oder Sexualdelikten aus. Ein verändertes Anzeigeverhalten kann zwar zur Dunkelfeldauflösung beitragen, sagt aber wenig aus über das Bedrohungspotential der Bevölkerung, obwohl die Kriminalitätsrate der PKS erhöht wird. Der veränderte Umgang mit der Sexualität in der Gesellschaft sowie ein verändertes Verhalten der Polizei trugen beispielweise dazu bei, daß vermehrt Sexualstraftaten zur Anzeige kommen, ohne daß sich die reale Kriminalität in diesem Bereich damit erhöhte. Ebenso können der Einsatz verbesselter Technik und der vermehrte Einsatz privater Sicherheitsdienste einen statistischen Kriminalitätsanstieg nach sich ziehen, wie die hohe Aufklärungsquote von 95 Prozent im Bereich des Ladendiebstahls zeigt. Derartige Delikte mit hoher Fallzahl fallen auch bei geringen Steigerungsraten ins Gewicht. Obwohl der Diebstahl unter erschwerten Umständen 1993 einen unterdurchschnittlichen Zuwachs von 7,4 Prozent aufwies, machte sich dies aufgrund seiner hohen Fallzahl im Ergebnis mit 24,8 Prozent bemerkbar.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik sagt wenig über die Opfer aus. So bleibt der verängstigte Bevölkerung verborgen, daß die Sonderstatistik Staatschutzdelikte bei der gefährlichen Körperverletzung und den Tötungsdelikten 7 von 17 Opfern als AusländerInnen ausweist.

Es zeigt sich, die PKS trägt weder zur Kriminalitätsverhinderung bei, noch ist sie für die alltägliche Polizeiarbeit hilfreich, da hierfür Kriminalitätslagebilder erforderlich sind, die ein schnelleres Reagieren der Polizei ermöglichen sollten und damit am ehesten dem subjektiven Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung entsprechen. Würde die PKS von der Polizei nicht mehr geführt, es würde niemandem auffallen. Deshalb kann sie ruhig abgeschafft werden, setzt sie bei der Polizei auch noch Kapazitäten frei.

Jürgen Korell ist einer der Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritische Polizistinnen und Polizisten (Hamburger Signal)e. V.

TERMIN

9. bis 11.12. Gegenaktionen gegen den EU-Gipfel in Essen

5.-8.1.95 Linke Winterschule in Schnepfenthal, Thüringen.

Themen:
Wirtschaft: Betriebsverfassungsgesetz der PDS und Organisation der Selbstverwaltung, Memorandum 94 u.a.

Geschichte: Übergang von Konservatismus zu Faschismus anhand aktueller und historischer Beispiele

Philosophie: Auseinandersetzung mit Nietzsche.

Anmeldungen bei: GNN-Verlag, Palmalle 24, 22767 Hamburg.

27.-29.1.95: 4. Parteitag der PDS, Berlin

19.2.95: Landtagswahlen in Hessen

4.3.95: Frühjahrstagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln

4./5.3.95: BWK-Bundesdelegiertenkonferenz in Köln

Dividende kann nicht alles sein

Aktionärinnen und Aktionäre müssen auch ihre Verantwortung für Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit bei ihren Unternehmen wahrnehmen - meinen wir.

Deshalb haben wir uns zusammengeschlossen, um den Vorständen die Leviten zu lesen. Und wir suchen weitere Unterstützer.

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Schlackstraße 16, D-50737 Köln
Telefon 0221-599 56 47, Telefax 0221-599 10 24

Gefühle im Menschen – ohne Bezug zur Außenwelt?

Ein konservatives, romantisches Buch, ein Bestseller:

Patrick Süskind: „Das Parfum“.

Sein einigen Jahren befindet sich der Roman *Das Parfum* von Patrick Süskind in den Bestsellerlisten ganz oben. Getragen von einer Welle der Verklärung beim vorwiegend jüngeren Leserpublikum wird die Geschichte eines Mannes geschildert, der seinem Schicksal nicht entfliehen kann.

Die Geschichte

Jean-Baptiste Grenouille, die Hauptfigur des Romans, wird in Paris des 18. Jahrhunderts unter ärmsten Verhältnissen geboren. Seine Mutter stirbt bald nach seiner Geburt, und er kommt in ein Heim. Bald darauf zeigt sich, daß irgendetwas mit ihm nicht stimmt. Er besitzt keinen menschlichen Eigengeruch, hat aber dafür die Gabe, sogar schwache Gerüche gut wahrzunehmen. Dadurch unterscheidet er sich stark von anderen Menschen und wächst relativ isoliert auf.

Erst arbeitet er ein paar Jahre bei einem Pariser Gerber und lernt durch Zufall den Parfumeur Baldini kennen. Der nimmt ihn bei sich auf und erkennt bald die außerordentliche Gabe des jungen Mannes. Grenouille entwickelt ein Parfum nach dem anderen, und Baldini's Ruhm wird größer.

An einer Stelle wird schon die dunkle Seite seiner Seele sichtbar: Er erwürgt ein junges Mädchen, um ihren Geruch zu konservieren. Er beginnt die Welt anhand von Gerüchen einzuteilen und zu systematisieren. Nach seinen Lehrjahren bei Baldini verläßt er Paris und wendet sich Richtung Süden. Er weicht Menschen aus und lebt mehrere Jahre völlig zurückgezogen in einer Höhle im Gebirge. Dort ordnet er die konservierten Gerüche. Später setzt er seine Reise fort und arbeitet in Montpellier wieder bei einem Parfumeur. Grenouille entwickelt ein menschliches Parfum, das ihm zum ersten Mal einen Eigengeruch beschert. Er spürt jetzt, daß ihn andere Menschen wahrnehmen. Er reist weiter bis zur Stadt Grasse.

Dort nimmt er abermals einen bestechend schönen Geruch auf, der zu einem Mädchen gehört. In diese Zeit fallen mehrere unaufgeklärte Morde an jungen Frauen, die sich niemand erklären kann. Die Bürger ängstigen sich, und erst nach dem Bann des Bischofs hören die Morde auf.

Der Zweite Konsul von Grasse, ein Mann namens Antoine Richis, traut dem Frieden nicht und bringt seine hübsche Tochter Laurie durch ein Täuschungsmanöver in Sicherheit. Während er den Bürgern vorgibt, mit ihr eine Reise nach Grenoble zu machen, will er sie in ein abgelegenes Kloster

bringen. Grenouille hingegen nimmt die Fährte auf und verfolgt sie bis zu einem Gasthaus, wo er Laurie nachts tötet.

Aufgrund von Indizien wird Grenouille verhaftet und soll schließlich hingerichtet werden, aber sein eigens entwickeltes Superparfum verhilft ihm zur Flucht aus dieser Stadt. Aber bei der Rückkunft in Paris wird dieses Parfum ihm zum Verhängnis, als einige Clochards aufgrund dieses Geruches alle Hemmungen fallenlassen und über ihn herfallen, um ihn zu töten.

Ein einsamer und isolierter Mensch – welches Weltbild?

Süskind beschreibt „die Geschichte eines Mörders“ (Untertitel) und zeigt die tiefe innere Zerrissenheit dieses Menschen auf. Er beschreibt ihn als einen isolierten und einsamen Menschen, der sich aufgrund seiner Eigenschaften und Fähigkeiten von anderen unterscheidet. Grenouille könnte man aufgrund seiner Untaten als eine „Bestie“ bezeichnen, er wird aber als jemand beschrieben, der aus einer inneren Notlage heraus handelt. Die Komplexität der Person Grenouille äußert sich in dem Widerspruch, daß er einer-

seits feinfühlig und sensibel die feinsten Gerüche wahrnehmen und unterscheiden kann und andererseits in der Lage ist, Menschen brutal zu ermorden. Grenouille nimmt allerdings nie den Menschen wahr, sondern nur den Geruch.

Süskind schreibt teilweise durchaus humorvoll, aber insgesamt entsteht der Eindruck, daß dieses Werk die Wirklichkeit eher verklärt, als sie so darzustellen, wie sie allgemein empfunden wird. So erscheinen die dargestellten Morde trotz ihrer Schrecklichkeit nicht als blutrünstig, sondern eher als Teil einer höheren Ästhetik, die dem Leser erst erklärt werden muß, weil er sie sonst nicht wahrnimmt. Im Vordergrund stehen die Gerüche, wobei sich der Autor in die Nichtbegrifflichkeit begibt. Die Nichtbegrifflichkeit ist ein interessantes Thema der Philosophie, dem der Gedanke zugrunde liegt, daß die Erklärung der Welt nicht allein begrifflich möglich sei. Gefährlich wird es allerdings, wenn aufgrund begrifflich nicht faßbarer Kriterien ein Weltbild entsteht, dem alles unterzuordnen wäre; dieses Weltbild hätte dann faschistoiden Charakter. Ein Beispiel dafür ist die Philosophie Heideggers. Heidegger saß oft auf einer Parkbank und lauschte der Natur. Auf diese Art ent-



wickelte er seine Metaphysik vom „Sein“, dem sich das Individuum unterordnen muß. Süskind seinerseits will mit seinem Buch wohl kaum ein nichtbegriffliches Wertesystem aufbauen, insofern ist er wohl kaum faschistoid zu nennen.

Einer von vielen neuen neo-romantischen Romanen

Wohl aber gehört sein Roman zur Neoromantik. Damit folgt er dem Trend der Literatur der letzten Jahre. Ähnlich wie in seinem Roman *Die Taube* oder wie der ebenfalls oft gelesene *Noah Gordon (Der Medicus, Der Schamane)* erfolgt eine direkte Herausstellung des Subjekts bei gleichzeitiger Negation der Dialektik zwischen Individuum und Gesellschaft, der daraus entstehenden sozialen Probleme sowie ebenfalls Negation der Theorie des Klassenkampfes. Dabei wird im besonderen auf die Gefühle des Subjekts eingegangen und die Frage gestellt, wie das Individuum die Außenwelt erlebt und empfindet. Es fehlt jede nachvollziehbare Kausalität der Wirkung der Außenwelt auf das Subjekt. Die Außenwelt soll also nicht nach Wünschen und Bedürfnissen des Subjekts umgestaltet werden. Daher ist *Das Parfum* eher ein konservatives Buch, aber literarisch interessant.

Der Erfolg solcher Bücher liegt wohl in der derzeitig stattfindenden literarischen Verklärung der Gegenwart, wo bei im Schwerpunkt Gefühle im Menschen angesprochen werden und weniger der Verstand. Dieses Phänomen geht Hand in Hand mit dem Zerfall der Werte in der Gesellschaft, hervorgerufen durch ein ständig deutlicheres Her vor treten der Widersprüche des Kapitalismus. Viele Menschen ziehen sich zurück, werden unpolitisch und bewegen sich in ihrer eigenen Gefühlswelt. — (joe)

Eine Textprobe . . .

Da gebot der Große Grenouille Einhalt dem Regen. Und es geschah. Und er schickte die milde Sonne seines Lächelns über das Land, worauf sich mit einem Schlag die millionenfache Pracht der Blüten erschloß, von einem Ende des Reichs bis zum anderen, zu einem einzigen bunten Teppich, geknüpft aus Myriaden von köstlichen Duftbehältern. Und der Große Grenouille sah, daß es gut war, sehr, sehr gut. Und er blies den Wind seines Odems über das Land. Und die Blüten, liebkost, verströmten Duft und vermischten ihre Myriaden Düfte zu einem ständig changierenden und doch in ständigem Wechsel vereinten universalen Huldigungduft an Ihn, den Großen, den Einzigsten, den Herrlichen Grenouille, und dieser, auf einer goldduftenden Wolke thronend, sog den Odem schnuppernd wieder ein, und der Geruch des Opfers war ihm angenehm. Und er ließ sich herab, seine Schöpfung mehrmals zu segnen, was ihm von dieser mit Jauchzen und Jubilieren und abermaligen herrlichen Duftausstößen gedankt wurde. Unterdessen war es Abend geworden, und die Düfte verströmten sich weiter und mischten sich in der Bläue der Nacht zu immer phantastischeren Noten. Es stand eine wahre Ballnacht der Düfte bevor mit einem gigantischen Brillanduftfeuerwerk.

Der Große Grenouille aber war etwas müde geworden und gähnte und sprach: „Siehe, ich habe ein großes Werk getan, und es gefällt mir sehr gut. Aber wie alles Vollendete beginnt es mich zu langweilen. Ich will mich zurückziehen und mir zum Abschluß dieses arbeitsreichen Tages in den Kammern meines Herzens noch eine kleine Beglückung gönnen.“

Also sprach der Große Grenouille und segelte, während das einfache Duftvolk unter ihm feudig tanzte und feierte, mit weit ausgespannten Flügeln von der goldenen Wolke herab über das nächtliche Land seiner Seele nach Haus in sein Herz.

Aus: Patrick Süskind, *Das Parfum*, S. 162f.

